Antifa-Nachrichten-Doku

Was geht ab?

#11 - Dezember '95
A 13803 - 3,50 DM

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
straße 46, 10997 Berlin
611 62 49
00 00/Kto-Nr.: 0670017787

Antifa heisst Ausschlafen

Ahoi,

mit dieser Ausgabe der "Was geht ab?" feiern wir unseren 1. Geburtstag: Im Dezember 1994 ging's auf die Reise. Solche Daten nimmt man normalerweise zum Anlaß, sich über grundsätzliche Punkte und Themen auszulassen, zukunftsweisende, wirkliche schwer inhaltliche Perspektiven aufzuzeigen, an denen man sich orientieren will. Und das ganze vielleicht noch von einer fetzigen Parole angeführt, die all das Wissen und die revolutionären Erfahrungen vergangener Kämpfe beinhaltet, gleichzeitig aber auch richtungsweisend ist, der Jugend Orientierung vermittelt, quasi das einsame Licht am Horizont im Dunkeln, das uns leitet. Natürlich gehört das auf die Titelseite, wie hiermit geschehen.

Antifa heißt... na ja, allzu oft auch gegenseitiges Anmachen, weil "die anderen" die "falsche" Einstellung haben, "falsche" Symbole oder "falsche" Ansätze. Wir nehmen uns da gar nicht von aus. Auch uns kotzen bestimmte Parolen oder das Auftreten verschiedener Gruppen total an und wir versuchen, das auch rüberzubringen. Trotzdem sollte versucht werden, sich in der Unterschiedlichkeit untereinander wenigstens zu tolerieren, wenn schon oft keine Zusammenarbeit möglich ist.

Der Index der bisher erschienden Ausgaben unserer Zeitung ist fertig. All die, die die Zeitung abonniert haben, bekommen ihn mit der Januar-Ausgabe mitgeschickt. Die anderen müssen ihn extra bestellen (und bezahlen). Gleichzeitig gibt es den Index auch als Datei, die Diskette kann ebenfalls bei uns bestellt werden. Mehr im Kasten auf der Seite 7.

Was geht ab?

Impressum

Was geht ab? #11

Erscheinungsdatum:
1. Dezember '95
2. Jahrgang

Herausgeber:
A-Point e.V.

Redaktion:
Edelweiß-Piraten Berlin

Verantwortlich iSdP:
Für nicht oder mit "WGA" gekennzeichneten Artikel: Kai Mara
Bei allen anderen Artikeln ist der ViSdPder Quelle verantwortlich

Sammelanschrift für alle:
Was geht ab?
Postfach 110 331
D-10833 Berlin
Fax: 030 / 694 67 95

Konto:
A-Point e.V.
Nr. 733 885-104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Coupon

zum Abonnieren und Weiterverkaufen:

O **Ich möchte die Was geht ab? abonnieren!**
- O **Abo (10 Nummern) ab #_______ für 35 DM**
- O **Förder-Abo (10 Nummern) ab #_______ für 50 DM**
- O **Archiv-Abo (#1-15) für 45 DM**

O **Ich möchte die Zeitung weiterverkaufen!**
Bitte schickt mir __________ Exemplare der #_______
für 3,00 DM (erst ab 5 Stück pro Ausgabe)
- O **Ich möchte die Zeitung bis auf Widerruf weiterverkaufen**

Bitte entweder Geld/Scheck beilegen oder Kopie des Einzahlungsbelegs!
Name und Adresse:

Adresse: Was geht ab?
Postfach 110 331
D-10833 Berlin
Konto: A-Point e.V
733 885-104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10
Kennw. WGA

Hey, AbonnentIn!

Schau vorn auf den Briefumschlag! Auf dem Adressenaufkleber steht unter der Absenderzeile in kleinen, fetten Buchstaben, bis wann bzw. bis zu welcher Nummer dein Abo läuft. Wenn es ausgelaufen ist, schicken wir keine extra Benachrichtigung, also selber merken!

So funxioniert diese Zeitung.

Die *Was geht ab?* ist eine Nachrichten-Dokumentation, keine theoretische oder Hintergrund-Zeitung. Wir dokumentieren Vorkommnisse, von denen wir aus diversen Quellen erfahren haben. Die Zeitung ist sortiert in die Bereiche **Bundesweit**, die einzelnen **Bundesländer** in alphabetischer Reihenfolge, **International**, **Portrait**, **Neuerscheinungen** sowie dem **Index**. Am Anfang jedes Artikels steht die Quellenangabe bzw. eine Auswahl. Die Artikel sind nicht mit dem Text der Quelle identisch, sondern beziehen sich inhaltlich darauf. Der Index ist sortiert nach den **Stichworten**, **Organisationen/Medien**, **Personen** und **Orte**. Es werden immer die Seitenzahl und Teile der Überschrift angegeben.

Folgende **Quellen** *haben wir für diese Ausgabe benutzt:*

AA REM = Autonome Antifa Rheinbach u.a.
AI = Antifa Infoblatt
ai-Info = amnesty international Info
AIC = Antifa-Infogruppe Celle
AN = Antifaschistische Nachrichten
Antifa Niederkassel
API = Antifa-Presse-Info
AZ = Ansbacher Zeitung
BBZ = Berlin-Brandenburger Zeitung
BeZe = Berliner Zeitung
BM = Berliner Morgenpost
bnr = blick nach rechts
DESG-Inform
Die Woche
DNZ = Deutsche Nationalzeitung
EPIs = Edelweiß-Piraten
FAZ = Frankfurter Allgemeine Zeitung
FR = Frankfurter Rundschau
Frente = Antifa Jugendinfo Leipzig
GEW = Gewerkschaft Erziehung/Wissenschaft
Interim
JF = Junge Freiheit
JW = Junge Welt
MAZ = Märkische Allgemeine Zeitung
MittenDrin
ND = Neues Deutschland
NE = Nation & Europa
NIT = Nationales Infotelefon
NTb = Naumburger Tageblatt
Opb = Ostpreußenblatt
PDS
RA = Ruppiner Anzeiger
SiLA = Subbotnik in L.A.
Spiegel
SZ = Süddeutsche Zeitung
Taz = Die Tageszeitung
Tsp = Der Tagesspiegel
VVN
Welt
WGA = Eigener Bericht

INHALT:

Bundesweit

Republikaner minus zwei

JW 17.11., Spiegel 46/95 - Der Gründer und ehemalige *Republikaner*-Bundesvorsitzende **Franz Schönhuber** ist aus der Partei ausgetreten. Am 16. November '95 nannte der 72jährige in einem Schreiben an den Vorstand als Grund u.a. einen „Schmusekurs" der Parteispitze gegenüber den etablierten Parteien. Schönhuber war bereits ein Jahr zuvor als Bundesvorsitzender abgesetzt worden, weil er wiederholt Kontakt zu anderen rechtsextremistischen Organisationen gesucht hatte. Am 11. November '95 erklärte dann **Alexander Hausmann** seinen Rücktritt als bayerischer Landesvorsitzender der REPs. In einem Brief an den Bundesvorsitzenden der Partei, **Rolf Schlierer**, begründete er seinen Schritt damit, daß ein Teil der Vorstandsmitglieder *„einen Weg will, der in den Extremismus und Antisemitismus mit allen seinen Folgen führt"*. Die Republikaner würden damit *„Teil des rechten Narrensaums und somit auf Dauer bedeutungslos"*. Schlierer wies diese Vorwürfe zurück und forderte Hausmann auf, die Partei umgehend zu verlassen. Die Republikaner zählen mittlerweile nur noch 16.000 Mitglieder (1993: rund 20.000), davon etwa ein Viertel in Bayern.



Alexander Hausmann

Jeden Monat in jedem Haus, das neue Heft der Micky Maus!
Was geht ab?

Neonazis outen Polizeispitzel

Spiegel 45/95 - Deutsche Neonazis üben sich in Gegenspionage: Organisierte Rechtsextremisten haben eine wirkungsvolle Spionageabwehr aufgebaut. In den vergangenen Monaten schafften sie es gleich mehrmals, verdeckte Ermittler des Landeskriminalamtes in Baden-Württemberg zu enttarnen. Seit den Verboten von insgesamt elf Nazi-Organisationen in den letzten Jahren unterziehen die Neonazis bundesweit zunehmend ihre Mitkämpfer regelrechten Sicherheitschecks. Die oft mit veralteten oder allzu leicht überprüfbaren Legenden ausgestatteten V-Leute der Polizei sind den Rechtsradikalen, für deren Beobachtung eigentlich der Verfassungsschutz zuständig ist, kaum gewachsen. V-Mann „Axel Reichert" demaskierte sich durch seinen Übereifer. So hatte er die ganze Organisation einer geplanten Kundgebung an sich gerissen, die Kameraden wurden mißtrauisch. Einer der Neonazis ging deshalb zum Einwohnermeldeamt, ein Paket unterm Arm, das er angeblich Reichert bringen solle, die Adresse habe er aber dummerweise nicht. Die Beamten wollte helfen, mußten aber passen: Leider gebe es den Gesuchten in Karlsruhe nicht. Ähnlich erging es zwei Undercover-Kollegen: Im Frühjahr 1993 war in der rechten Szene im Raum Konstanz ein etwa 20 Jahre alter Mann aufgetaucht. Der nervös wirkende Kurzhaarige nannte sich Jörg Tauber, von Beruf sei er Kaminkehrer. Demonstrativ fuhr er einen Kaminbesen in seinem Privatauto herum - ein für Schornsteinfeger eher unübliches Verhalten. Mißtrauisch wurden seine Kameraden, als sie sich vergeblich bemühten, die Adresse der Eltern Taubers im amerikanischen Seattle ausfindig zu machen. Endgültig enttarnt war der Neue, als die Rechtsradikalen sein angebliches Geburtsdatum beim Standenamt überprüften: Die Identität von Jörg Tauber, der seine Briefe „mit deutschem Gruß" unterzeichnete, war erfunden. Doch der Agent hatte die Nachforschungen ebenso gemerkt, wie sein Kollege Reichert. Seine Wohnung bei Konstanz löste er auf und verschwand spurlos, bevor die „Kameraden" ihn zur Rede stellen konnten. Nur wenige Wochen später konnten die Konstanzer Nazis einen Neuzugang begrüßen. Der Student „Andreas Damköhler", angeblich 25, klopfte in der Gaststätte „Trödler" kräftige Sprüche gegen Ausländer und ließ den „Führer" hochleben. Immer wieder schlug er vor, die Kameraden sollten wieder mal „was machen", etwa eine Organisation gründen. Der neue Mitstreiter galt in der Szene als „geselliger Typ", der gern mal einen ausgab. Er hatte bald den Spitznamen „Alzheimer" weg, weil er nach acht Bieren und diversen Schnäpsen am nächsten Tag schon mal erhebliche Erinnerungslücken hatte. Merkwürdig kam den Faschos nur vor, daß Damköhlers Wohnung nahezu leer war. Die Überprüfung seiner Geburtsdaten beim Standenamt in Stuttgart zerstreute diesmal aber die Zweifel. Doch im Juli '95 kam ein Konstanzer Nazi auf die Idee, sich die Telefonnummern von Damköhlers Eltern in Niedersachsen mit Hilfe einer speziellen CD-Rom zu besorgen. Der Anruf endete mit einem Schock auf beiden Seiten der Leitung. Der echte Andreas Damköhler war am 20. April 1974 im Alter von knapp vier Jahren in einem Bach ertrunken. Der rechtlich fragwürdige Coup der Polizei gab auch den Neonazis in anderen Bundesländern ein neues Aktionsfeld: Als Feierabend-Gestapo recherchieren Rechtsextreme nun die Lebensläufe ihrer Kameraden und stellen möglichen Spähern nach. „Wir überprüfen grundsätzlich alle unserer Leute" sagt **Jan Zobel**, 19, Chef der ***Jungen Nationaldemokraten*** in Hamburg. Die von ihm geleitete Postille ***Einheit und Kampf*** ruft die Kameraden sogar dazu auf, „Daten und Fotos" vermeintlicher V-Leute zu schicken, damit sie angeprangert werden können. Nach Angaben des Innenministers von Baden-Württemberg, **Frieder Birzele**, sind die ***Grünen/Bündnis 90*** für die Enttarnung mitverantwortlich, weil sie sich gegen zu viele Möglichkeiten der Geheimdienste einsetzten.

Zusammenarbeit von REPs und DL

NE 11-12/95, JF 20.10.95 - Die Zusammenarbeit zwischen der ***Deutschen Liga*** und den ***Republikanern*** scheint immer besser zu laufen. So wird in der rechtsradikalen Monatszeitung ***Nation & Europa (NE)*** stolz verkündet, daß die Deutsche Liga zugunsten der Republikaner auf eine Beteiligung an der baden-württembergerischen Landtagswahl im März 1996 verzichtet. Die Republikaner hätten ihrerseits beschlossen, nicht an der gleichzeitigen Landtagswahl in Schleswig-Holstein teilzunehmen. Dort kandidiert nun die Deutsche Liga. Von REP-Seite um Hilfe ersucht, sammeln DL-Aktivisten zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz Unterstützungsunterschriften für die REPs. Im hohen Norden läuft es umgekehrt. Laut NE wird diese Zusammenarbeit von allen Beteiligten als zukunftsweisend empfunden. Der Vorsitzende der Republikaner, **Rolf Schlierer,** hat diese Meldungen jedoch zurückgewiesen. Die REPs lehnten angeblich jede Zusammenarbeit mit der DL ab. Er dementierte auch die Behauptung, daß ein amtierender REP-Landesvorsitzender auf einem Parteitag der Deutschen Liga ein persönliches Grußwort gesprochen habe. Es wurde angekündigt, daß die Republikaner im März 1996 in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz zu Wahl antreten würden. In Schleswig-Holstein verzichtet man auf eine Teilnahme, um „die eigenen Kräfte im Südwesten zu konzentrieren". Absprachen mit der DL habe es zu keiner Zeit gegeben.

"Junge Nationaldemokraten" durch Verbote gestärkt

JW 26.10.95 - Im Oktober '95 wurde von den ***Jungen Nationaldemokraten (JN)*** die neueste Ausgabe ihrer Zeitung ***Einheit und Kampf (EuK)*** veröffentlicht. Enthalten sind neben einer Kritik am Rudolf-Heß-Marsch in Roskilde eine Anti-Antifa-Rubrik und ein Interview mit dem Nazi-Terroristen **Peter Naumann**. Dieser erzählt darin, warum er Waffen und Sprengstoff der Polizei übergeben hat (siehe WGA #8 + 9) und spricht von der Selbstauflösung seiner Organisation ***Völkischer Bund*** im Mai '95. Dabei bekräftigt er den Verdacht, das „Bombenhirn" der Naziszene zu sein, durch Benutzung von Fachausdrücken der Sprengtechnik. Zur neuen vierköpfigen Redaktion der „EuK" gehört seit dieser Ausgabe das ehemalige ***FAP***-Mitglied **André Goertz**, der auch Betreiber des „Nationalen Infotelefons" in Hamburg ist. Ferner gehören dazu der „Nationalrevolutionär" **Steffen Hupka** (Herausgeber der Nazipostille „Umbruch"), **Jan Zobel**, „Landesbeauftragter" der JN in Hamburg sowie **Holger Apfel**, JN-Bundesvorsitzender.

Deckert im Knast - NPD vor der Spaltung

bnr 21/95, JW 28.10., Presse 10.11.95 - Der ehemalige ***NPD***-Vorsitzende **Günter Deckert** sitzt jetzt im Gefängnis. Der Bundesgerichtshof hatte Ende Oktober '95 eine Revision des Urteils gegen den 55jährigen abgelehnt. Allerdings wurde ihm noch eine Urlaubsreise gewährt, zur „Regelung persönlicher Angelegenheiten". Bei seiner Rückkehr vom Teneriffa-Urlaub wurde Deckert am 9. November '95 sogleich am Flughafen festgenommen. Nun muß er seine zweijährige Haftstrafe wegen Volksverhetzung in Tateinheit mit Aufstachelung zum Rassenhaß, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener verbüßen. Unterdessen steht die NPD angeblich kurz vor der Spaltung. Daß das Parteipräsidium am 30. September '95 Günter Deckert als Vorsitzenden wegen Verstößen „gegen die innere Ordnung der Partei, insbesondere gegen die Finanzordnung" absetzte, sorgt für Unmut. Die Landesverbände Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt stellten sich hinter den langjährigen Parteichef und erwägen, sich von der NPD zu trennen. Dies behauptet zumindest **Frank Golkowski**, NPD-Landesvorsitzender in Thüringen. Eine ***Mitteldeutsche Rechte*** wollen die drei Landesverbände dann bilden. Die Mitgliederzahl der Rechtspartei liegt heute bei etwa 4.500. Als Deckert im Juni 1991 den Parteivorsitz in Nachfolge von **Martin Mußgnug** übernahm zählte die NPD noch an die 6.100 Mitglieder.

Dieter Koch und der stellvertretende JN-Bundesvorsitzende **Michael Prümmer** verließen nach Angaben der Zeitung die Redaktion. Koch will sich in Zukunft einer neuen „nationalen Musikzeitung" namens ***Querkopp*** widmen. Die „Einheit und Kampf" (Untertitel: „Die system-alternative Zeitschrift") entstand in der JN-Umbruchsphase 1990 aus dem Blatt ***Junge Stimme***. Damals erfolgte sowohl ideologisch als auch organisatorisch ein Einschnitt in die Geschichte der JN. Sogenannte nationalrevolutionäre Elemente rückten stärker in den Vordergrund. Organisatorisch wurde der Versuch unternommen, die interne Struktur zu zentralisieren und zu vereinheitlichen. Ein Kader-Konzept wurde entwikkelt. Beide Veränderungen erinnern stark an die verbotene „Nationalistische Front". Inzwschen ist es den „Jungen Nationaldemokraten" gelungen, innerhalb der Rechtsextremisten wieder an Bedeutung zu gewinnen - begünstigt durch die Verbote anderer Nazigruppen in den letzten Jahren. In dieser Situation konnte sich die JN als Alternative und als Auffangbecken in der Neonaziszene neu etablieren.

Keine Revision

JW 28.10.95 - Der wegen des Brandanschlags von Solingen am 13. Oktober '95 zur Jugend-Höchststrafe von zehn Jahren verurteilte **Christian Reher** hat die von seinen Anwälten eingelegte Revision gegen das Urteil zurückgezogen. Dies teilte sein Pflichtverteidiger, Rechtsanwalt **Paul-Gerd Henke**, am 27. Oktober in Düsseldorf mit. Das Urteil ist damit rechtskräftig. Der 19jährige Reher hatte zuletzt vorm Gericht gesagt, er habe den Anschlag auf das Haus der türkischen Familie **Genç** im Mai 1993 allein begangen.

Nazi-Protest gegen Solingen-Urteil

NIT 13.10.95 - Anfang Oktober wurden die Mörder von Solingen zu je 4 Jahren Haft verurteilt. Aus diesem Grunde wurden in mehreren Städten Protest-Kundgebungen von Neo-Nazis angemeldet, welche allesamt verboten wurden. Trotzdem verkündete das ***Nationale Infotelefon*** Schleswig Holstein: *„Die Kampagne für die Märtyrer von Solingen hat begonnen...Wer noch farbige Din-A4-Flugblätter gegen das Fehlurteil im Solingen-Prozeß benötigt, sollte sich umgehend an das Infotelefon wenden...Infotelefon, Postfach 700604, 22006 Hamburg."*

Neue Nazizeitungen

AI #32, NIT 20.10.95 - Die Parteizeitung der Ex-***Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)*** „Standarte" erscheint weiter unter dem Namen ***Der Standard***. Zwischendurch hieß das Blatt auch mal „Die Neue Standarte". Auch wenn sich die Herausgeber nicht auf einen gescheiten Namen einigen konnten, blieb immerhin die Nummerierung fortlaufend. Der Herausgeber ist hauptsächlich **André Goertz**, ehem. Hamburger Landesvorsitzende der FAP und Leiter der Bundesgeschäftstelle. Das Blatt erscheint in einer Auflage von 800 Stück und wird laut „Blick nach rechts" in Tschechien gedruckt. In der neuesten Ausgabe Nummer 13 wird noch einmal beschwört: *„Nur die totale Vernetzung in autonome Gruppen (...) ist ein wirksames Mittel gegen Repression."* Auch bei der Zeitung der ***Jungen Nationaldemokraten (JN)***, ***Einheit und Kampf***, hat sich was verändert. Dem Herausgeber, der JN-Vorsitzende **Holger Apfel**, assistieren seit neuestem André Goertz und **Steffen Hupka** aus Quedlinburg. Wie auch das ***Nationale Infotelefon (NIT)*** Rheinland verkündete: *„Eine bemerkenswerte Veränderung hat sich bei der Zusammensetzung der Redaktion des Magazins Einheit und Kampf ergeben. So ist* **Dieter Koch** *aus Wuppertal ausgeschieden, um sich einem neuen Projekt zu widmen. Dazu kamen André Goertz, sowie* **Jan Zobel**, *beide vom NIT bzw.* NIZ-Verlag *Hamburg."* Die neueste Ausgabe enthält u.a. ein Interview mit dem Naziterroristen **Peter Naumann**. Von der rechtsradikalen Theoriezeitschrift ***Wir Selbst*** ist zuschlechterletzt auch eine neue Ausgabe erschienen. Werbezettel für diese fanden sich u.a. in der ***Jungen Freiheit***.

Kein Asylrecht bei unbekanntem Fluchtweg!

BeZe 8.11.95 - Flüchtlinge, deren Einreiseweg nach Deutschland nicht festgestellt werden kann, haben kein Anspruch auf Asyl. Das stellte das Bundesverwaltungsgericht am 7. November '95 in einem Grundsatzurteil fest. Nach der sogenannten Drittstaatenklausel genießen Flüchtlinge kein Asylrecht, sofern sie aus einem Staat in die Bundesrepublik einreisen, in dem sie nach Einschätzung der Regierung vor politischer Verfolgung sicher sind. Angeführt werden dabei z.B. Polen, Tschechien oder den EU-Ländern. Mit dieser Mitte 1993 in Kraft getretenen Klausel sollte der Zustrom von AsylbewerberInnen in die Bundesrepublik verhindert werden. Der 9. Senat des BVerwG in Berlin entschied nun, daß diese Klausel des neuen „Asylrechts" auch auf diejenigen Flüchtlinge anzuwenden sei, deren Einreiseweg nicht bekannt ist.

Wieder was von der "Jungen Freiheit"

Presse 10-11/95 - Die rechte Wochenpostille ***Junge Freiheit (JF)*** ist wieder einmal umgezogen. Seit dem 18. Oktober '95 residieren Verlag und Redaktion im Berliner Mosse-Haus, in der Zimmerstraße 55in Mitte. Wie die JF stolz schreibt, ist dies jetzt schon der fünfte Umzug: *„Los ging ja damals alles 1986 in einem Kinderzimmer in dem idyllischen Schwarzwälder Luftkurort Kirchzarten. Vor dem Häuschen zwischen Apfelbäumen..."* (schleim). 1992 zogen sie dann in die Günterstalstraße in Freiburg, im Sommer 1993 arbeiteten sie dann kurz *„in Berlin-Moabit bei einem Freund"* um sich dann im Oktober '93 in Potsdam festzusetzen. Und nun haben sie sich für eine Miete von 9.500 Mark im Monat in Berlin festgesetzt. Das Mosse-Haus zählte in den zwanziger Jahren zu den Gravitationszentren liberaler und demokratischer Zeitungskultur, die in Deutschland größtenteils jüdisch war. Das vom jüdischem Verleger Rudolf Mosse erbaute Haus wurde während der NS-Zeit von den Nazis „arisiert". Der Grund für den Umzug wird in der JF so beschrieben: *„Eine Zeitung, die Einfluß haben will, braucht den Anschluß an das bedeutende kulturelle und politische Leben seines Landes"*. Gegenüber der Taz meinte der Chefredakteur **Dieter Stein** (28), daß *„kaum eine Sau"* zum Interview nach Potsdam gekommen ist. Vor kurzem verschickte die JF eine Hochglanzbroschüre mit dem Namen „Eine Zeitung mit vielen Gesichtern", in der sie Fotos von 48 halbwegs bedeutende Menschen aus Politik, Wirtschaft usw. veröffentlichte, die irgendwann mal irgendwas mit der JF zu tun hatten. Anscheinend versucht die Junge Freiheit sich wieder wichtiger zu machen, als sie ist. Bei dieser Gelegenheit wurde mal wieder bekannt, mit welchen dubiosen Methoden sich die JF Interviews ergaunert. So ist z.B. auch **Michael Wolffsohn**, jüdischer Historiker an einer Uni, irgendwann vor fünf Jahren mal von zwei Studenten um ein Interview für eine „Studentenzeitung" gefragt worden. Nun ärgert er sich maßlos und äußerte sich gegenüber der Taz: *„Ich laß mich nicht als Alibi-Jude von den Rechten einspannen"* und verlangte die Korrektur der *„Falschmeldung über meine JF-Autorenschaft"*. Doch das läßt die rechten Schreiberlinge kalt, es handele sich lediglich um eine „Imagebroschüre". Auch anderen angeblichen Autoren wurde die wahre Identität dieser Zeitung verschwiegen. Rechte Prominenz in dieser Imagebroschüre sind unter anderem: **Heinrich Lummer**, **Ernst Nolte**, **Aloin de Benoist**, **Manfred Brunner**, **Jörg Haider** und **Kurt Waldheim** (ehem. Wehrmachtsoffizier und NSDAP-Mitglied). Über die Taktik von Stein schrieb die Taz. *„Er will weg vom Image, Sprachrohr der* **Republikaner** *zu sein. Doch die personellen Verbindungen sind*

*mehr als deutlich: 1986 gründeten Mitglieder der Republikaner-Abspaltung **Freiheitliche Volkspartei** die Zeitung, damals noch als handgefalteten Rundbrief. Auch Stein gehörte den Republikanern an".* Per einstweiliger Verfügung erwirkte die JF einen Beschluß gegen den rechtextremen Kieler Verleger **Dietmar Munier** (41), daß er kein Werbematerial mehr an Abonnenten und Interessenten der JF versendet. Dietmar Munier war Aktivist im ***Bund Heimattreuer Jugend e.V. (BHJ)***. Neuerdings bietet die JF ein Faxabrufsystem an, das Informationen über die JF, den Vertrieb, Termine, Hintergründe, Sondermeldungen sowie vollständige Reden kostenpflichtig anbietet.

Antisemitische Straftaten

PDS 11/95 - Am 7. November '95 antwortete die Bundesregierung in Form des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage von **Ulla Jelpke** und der ***PDS***-Gruppe zum Thema antisemitische Straftaten. Hier in Kurzform die Erklärung der Bundesregierung: Dem Bundeskriminalamt sind für die ersten drei Quartale 1995 insgesamt 753 antisemitische Straftaten gemeldet worden: 2 Brand-/Sprengstoffdelikte, 8 Angriffe auf Personen, 50 Sachbeschädigungen, 31 „Störungen der Totenruhe" sowie 666 „sonstige Delikte" (Propaganda, Bedrohungen). Es wurden lediglich 14 Tatverdächtige festgenommen. Über rechtsextremistische und fremdenfeindliche Straftaten liegen der Regierung nach eigenen Angaben bisher keine Zahlen vor.

12. GDO-Treffen

JW 26.10.95 - Am 4. und 5. November '95 traf sich die ***Gemeinschaft Deutscher Osten*** (***GDO***) in Nordbayern zu ihrer 12. ordentlichen ***Nationalversammlung Deutscher Osten*** (***NDO***). Auf der Tagungsordnung standen u.a. Rechenschaftsberichte und Aussprachen des NDO-Präsidiums, der ***Staatsvertretung des Deutschen Osten*** (***StDO***) und der ***Ostdeutschen Exilregierung***. Die GDO wurde 1981 gegründet. Sie bezeichnet sich als *„staatstragender Zusammenschluß volks-und reichstreuer Deutscher"*, der sich als *„öffentlich-rechtliche Körperschaft gemäß Artikel 11 der Notverfassung des 1981 gegründeten Bundesstaates im Vertriebenenstand (Exilstaates) Vereinigte Länder des deutschen Osten im Deutschen Reich (VLDO = Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Ost-Brandenburg, Posen, Niederschlesien, Oberschlesien und Sudetenland) versteht"*. Ziel des obskuren Ewiggestrigen-Verbandes ist die *„endliche Wiederherstellung"* Deutschlands, *„sowohl seiner nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker Ende 1918 einschließlich Deutsch-Österreich gewollten und bestandenen wie auch der 1945 völkerrechtswidrig geraubten Handlungsfähigkeit des Staates Deutsches Reich auf dem Boden seiner reichsrechtlichen fortgeltenden, ebenso änderungs- wie ergänzungsfähigen freiheitlich-demokratischen Grundordnung: der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919"*. In einem ähnlich verwirrendem Schreiben rief die GDO kürzlich zur *„anhaltenden Ächtung der erwiesen reichsverräterischen Vertriebenen-Landsmannschaften"* auf. Die Bundesrepublik wird in dem Aufruf als *„Kriegssieger-Protektorat"* und die etablierten Parteien als *„Bonner Verratsparteien"* bezeichnet. Präsident des NDO ist der 71jährige Rechtsanwalt **Konrad Hoffmann** aus Augsburg. An der Spitze der „Ostdeutschen Exilregierung" steht der „Staatskanzler" **Hans-Joachim Breitkopf**, ein Diplom-Ingenieur aus Hamburg.

Frey bewaffnet

JW 26.10.95 - Der rechtsextreme Verleger und Vorsitzende der ***Deutsche Volksunion (DVU)***, **Gerhard Frey**, darf sich wieder bewaffnen. Dies entschied das Münchener Verwaltungsgericht am 25. Oktober '95 und hob den Einzug des Waffenscheins durch das Landratsamt auf. Die Behörde muß Frey demnach die Genehmigung für zwei Faustfeuerwaffen ausstellen. Frey sei „durch Angriffe auf Leib und Leben bedroht", argumentiert das Gericht. Daß der Faschisten diese Gefährdung durch seine politische Betätigung selbst ausgelöst habe, rechtfertige nicht die Ablehnung des Waffenscheins.

Strafe bestätigt

JW 26.10.95 - Der Bundesgerichtshof hat am 25. Oktober '95 die Verurteilung des Hamburger Neonazis **Christian Worch** zu zwei Jahren Haft ohne Bewährung bestätigt. Das Landgericht Frankfurt/Main hatte im November '94 die Freiheitsstrafe verhängt, da der 39jährige die von Michael Kühnen gegründete und 1986 verbotene Organisation ***ANS/NA*** unter anderem Namen weitergeführt hatte. Die Karlsruher Richter verwarfen damit die Revision der Staatsanwaltschaft, die eine höhere Strafe gefordert hatte.

Wehrmachts-Denkmal

Opb 21.10.95 - Die ***Deutsche Soziale Union (DSU)*** in Thüringen beantragte die Errichtung eines „Denkmals für den unbekannten Wehrmachtsangehörigen". Dieses Denkmal soll auf dem Petersberg in Erfurt stehen und eine Antwort sein auf die „um sich greifende Errichtung von Denkmälern für den unbekannten Wehrmachtsdeserteur". Die DSU hat hierzu eine „Initiative Denkmal" gegründet.

Keine Polenreise für Rechtsextremisten

DESG 8/95 - Der Verwaltungsgerichtshof von Baden-Württemberg hat entschieden, daß einem Deutschen, der die auswärtigen Beziehungen der BRD gefährdet, die Ausreise in ein bestimmtes Land verweigert werden kann. Damit bestätigte das Gericht die Haltung der Stadt Konstanz, die einem ehemaligen ***NPD***-Funktionär einen Paß mit der Einschränkung „Gilt nicht für Polen" ausgestellt hatte. Zugrunde liegt der Fall eines Mannes, der Redakteur des ***Schlesien-Reports*** war (die Zeitung erscheint mittlerweile nicht mehr). Er war in seinen Berichten durch besonders dreiste Aktivitäten aufgefallen.

DVU klagt vor dem BVG

NIT 20.10.95 - Die schleswig-holsteinische Abgeordnete der ***Deutschen Volksunion (DVU)***, **Renate Köhler** klagt vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Landtagspräsidentin. Köhler fühlt sich beleidigt, weil sie, als sie in einer Rede gegen die SPD hetzte, nach drei Ordnungsrufen von der Landtagssitzung ausgeschlossen wurde. Das Bundesverfassungsgericht hat die Klage angenommen.

Rechte verklagen SPD-Zeitung

Opb 14.10.95 - Der ***Ostpreußenblatt***-Autor **Hannes Kaschkat** und der bekannte Anti-Antifa-Hetzer **Hans-Helmuth Knütter** haben das ***SPD***-Organ ***Vorwärts*** verklagt. Der Grund: Die rechten Autoren kamen in der von der ***Bundeszentrale für politische Bildung*** herausgegebenen Zeitung ***Das Parlament*** mit ihrem üblichen Geschwafel zu Wort. Daraufhin wurden sie in der September-Ausgabe des Vorwärts im Artikel „Rechtsextreme im Parlament" u.a. als „heimatlose Ultrarechte" und „Polit-Rechtsaußen" bezeichnet. Daraufhin klagten die Beiden auf Widerruf, Schmerzensgeld (20 000 Mark, die bei Erfolg dem ***Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge*** zufließen sollen) sowie wegen Beleidigung und übler Nachrede.

Hartmut-Meyer-Archiv

VVN - Gegründet wurde das Archiv von den im Jahr 1992 im Alter von 44 Jahren verstorbenen **Hartmut Meyer**, aus Wuppertal. Hartmut Meyer war führendes Mitglied der ***VVN/Bund der Antifaschisten***. Das Archiv wurde nach seinem Tod von der VVN/BdA übernommen. Im Januar 1993 wurde begonnen, das Archiv wieder auf den aktuellen Stand zu bringen und für die antifaschistische recherchearbeit nutzbar zu machen. Derzeit werden 66 Periodika aus verschiedensten bereichen bezogen bzw. ausgewertet. Das Archiv umfaßt derzeit etwa 640 Ordner aus zahlreichen Bereichen am Ende der 70er Jahre: „Alte" und „neue" Rechte sowie militante Faschisten, religiöse Grupen und Sekten, Revanchismus und Nationalismus, Faschismus International, Öko-Bewegung, frauenpolitik, Medien, Staat, Militarismus, Kapital, Konservative, Studentenverbände, Esoterik, Geschichte und Entwicklung des Antifaschismus in der BRD, Wahlen, Kultur, Konferenzen, Referate. Außerdem mehrere Jahrgänge Zeitschriften wie DWZ, AK, Tat; DVZ/Tat; AIB, RB, Bücher faschistischer

Autoren und Theoretiker des (Neo-) Faschismus, Platten diverser neofaschistischer Musikgruppen, Dia-Vorträge zu verschiedenen Themen und ein umfangreiches Personen-Archiv. AntifaschistInnen können das Archiv in Absprache mit uns und gegen eine Spende nutzen. Eine Ausleihe ist nicht möglich. Ein Kopiergerät ist vorhanden und kann gegen Gebühr benutzt werden. Schriftliche Anfragen werden - falls möglich - gegen eine Kopiergebühr plus Porto beantwortet. Zur Aufrechterhaltung und Weiterführung des Archivs wird benötigt: Einmalige und am notwendigsten regelmäßige Spenden zur Finanzierung der Miete, Abos, Büromaterial. Außerdem ständig Materialien von und über Neofaschisten, Soli-Abos etc. Kontakt: Hartmut-Meyer-Archiv, c/o VVN/BdA, Gathe 55, 42107 Wuppertal, Fax 0202-450629. Konto: VVN-BdA, 330720-435, Postbank Essen, BLZ 36010043, Stichw.: Hartmut-Meyer-Archiv

Strafbefehl gegen Heise

FR 10.10.95 - Das Amtsgericht Fulda hat gegen den niedersächsischen Vorsitzenden der verbotenen ***FAP*, Thorsten Heise** Strafbefehl über 90 Tagessätze erlassen. Heise hatte beim Neonazi-Aufmarsch in Fulda im August '93 verbotenerweise eine Uniform getragen. Er hat inzwischen Einspruch eingelegt. Die Anklage wegen der Organisierung des Aufmarsches wurde vor einigen Monaten fallengelassen. Die Eröffnung eines Verfahrens gegen die Anführer **Christian Worch *(NL)*** und **Dirk Winkel** wurde abgelehnt.

Baden-Württemberg

Prozeß gegen ANK'ler

bnr 23/95 - Gegen zehn Rechtsextremisten begann am 9. November '95 vor dem Landgericht Heidelberg ein Prozeß wegen Landfriedensbruch und gefährlicher Körperverletzung. Zu den Angeklagten gehören der ehemalige, seit dem 23. Dezember '94 inhaftierte Jugoslawien-Söldner **Uwe Joachim Herker** (23), der 31jährige Karlsruher Neonazi **Manfred Huck** (u.a. ***Anti-Antifa*** und ***HVD***), der 23jährige **Eric Marvin Rößler** (***JN***-Funktionär aus Weinheim) und der 29jährige **Frank Detlef Bender** (ehemaliger Wehrsportgruppen-Chef) aus Angelbachtal-Michelfeld. Bender unterhielt Kontakte zur ***Taunusfront***, zur ***GdNF*** und zu der ***NSDAP/AO***. Weiterhin wird gegen **Martin Stondzik, Richard Broch, Sascha Polanec, Dirk Kinzinger, Holger Gölz** und **Maik Schemenauer** verhandelt. Den angeklagten Rechtsextremisten wird vorgeworfen, am Abend des 13. Februar '92 ein türkisches Imbißlokal in Heidelberg-Eppelheim überfallen zu haben. Eine Gruppe von 30 bis 40 Rechtsextremen, aus ihnen rekrutierte sich die neonazistische ***Aktionsfront Nationaler Kameraden (ANK)***, traf sich am 13. Februar 1992 im Heidelberger Stadteil Eppelheim, um eine gemeinsame Busreise nach Dresden zu organisieren. Ziel der Fahrt war eine Veranstaltung von **Günter Deckert**. Ein Teil der versammelten Nachwuchs-Nazis inszenierte anschließend eine Massenschlägerei im türkischen Schnellimbiß. Am 9. Februar '95 sind bereits **Marc K., Markus Idzikowski, Michael Grammer, Ralf Hermann** und **Thomas Mezzullo** wegen dieser Aktion zu Bewährungsstrafen verurteilt worden.

Neues von Günter Deckert

BeZe 9.11.95, AN 22/95 - Trotzdem **Günter Deckert** zu zwei Jahren Haft verurteilt worden ist und sein Amt als ***NPD***-Parteichef verloren hat, setzt er seine politischen Aktivitäten weiterhin fort. Er startet immer noch spektakuläre Aktionen, um sich in den Medien zu präsentieren. So hat er sich jetzt in 30 Gemeinden (z.B. in Kraichtal und Hemsbach) um den Bürgermeisterposten beworben. Von staatlicher Seite ist bis jetzt nichts gegen Deckerts Kanditaturen unternommen worden. Im Hemsbacher Gemeindewahlausschuß stimmte sogar die Gemeindewahlausschußvertreterin der ***Grünen-Bunten Liste*, Ulrike Mohr**, als einzigste gegen Deckerts Kanditatur. Deckert bekam bei seiner Wahlkampfveranstaltung in Hemsbach allerdings ersten Widerstand zu spüren. Einige Hemsbacher BürgerInnen, vor allem Jugendliche, führten vor dem Gasthaus ***Krone*** eine kleine Demonstration durch, um gegen Deckerts Wahlkampfveranstaltung zu protestieren.

Ein Jahr lang REP-Infotelefon

bnr 23/95 - Sein einjähriges Jubiläum beging am 1. November '95 das ***REP***-Infotelefon Mannheim. Voller Stolz wurde auf der aktuellen Ansage vermeldet, daß seit Bestehen 2.177 Anrufe registriert worden seien. Darunter 86 Anrufe „mit gutem Zuspruch". Wie die restlichen 86 Prozent der AnruferInnen auf die rechtsextremistische Propaganda reagierten, wird nicht verraten. Das REP-Infotelefon betreibt Werbung für den lokalen REP-Kreisverband unter dem Vorsitz des 32jährigen Polizeiobermeisters **Winfried Korth**. Korth ist auch Beisitzer des REP-Landesvorstandes. Gegen ihn lief ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Verrat von Dienstgeheimnissen (siehe WGA #9). Er hatte Interessenten über den Polizeicomputer nach Vorstrafen hin überprüft. Bislang ungeklärt ist, ob die REPs die Betriebskosten des Ansagedienstes auf ihrem Anrufbeantworter aus den städtischen Mitteln ihres verbliebenen Mannheimer Gemeinderates Winfried Korth bestreiten.

Was geht ab? - Index 1994/95 als Datei

Ab Januar '96 gibt es für alle AbonnentInnen der **Was geht ab?** den Jahres-Index 1994/95, der kostenlos zugeschickt wird. Alle anderen bekommen ihn für 3,50 DM.

Zusätzlich gibt es nun ein weiteres Angebot:

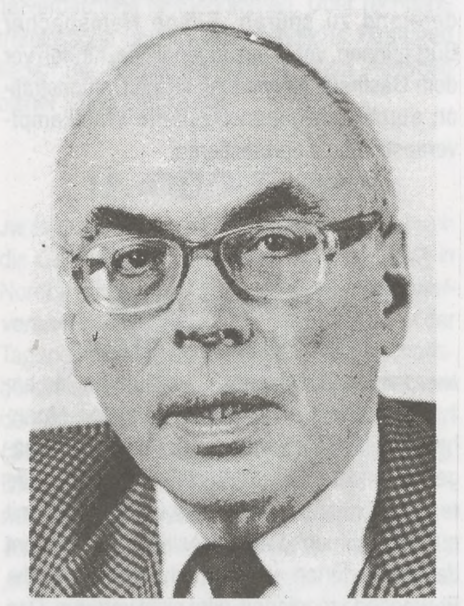
Der gesamte Index als F&A-Datei!

Man kann ein Stichwort (z.B. Name, Organisation, Ort) eintippen und erhält die Angaben: WGA-Ausgabe, Seite, Überschrift des Artikels sowie alle zusätzlichen Stichworte zum betreffenden Artikel. Die Datei wird auf einer 3½"-Diskette versendet. Derzeit sind über 1.400 Artikel gespeichert. Allerdings wird die Datei ständig aktualisiert und bei einer Bestellung erhält man immer die aktuellste Version (also inkl. der jeweils zuletzt erschienenen Ausgabe).

Die Diskette kann ab Mitte Dezember '95 (für AbonnentInnen) **für 10 DM** inkl. Versand bei uns bestellt werden! Für Nicht-AbonnentInnen kostet sie 15 DM.

Treffen der FDP-Rechten

Taz, JW 27./30.10., AN 22/95, JF 3.11.95 - Am 27. Oktober '95 trafen sich im Großen Kursaal im Stuttgarter Stadtteil Bad Canstatt Vertreter der ***FDP***-Rechten unter dem Motto: „Der Liberalismus - Fluch oder Segen für Deutschland und Europa?". Organisator der Podiumsdiskussion war der ***Canstatter Kreis***. Einlader war der als „Haider-Einlader" bekannte frühere FDP-Vorsitzende von Bad Canstatt, **Hans Manfred Roth**. Als Redner bei dieser Podiumdiskussion traten **Alfred Mechtersheimer** (neuerdings Teilnehmer im JF-Lesekreis), **Alexander von Stahl** und **Dieter Stein** (Chefredakteur der ***Jungen Freiheit***) auf. Als Moderator war **Georg Gallus** vorgesehen. In dem Einladungsschreiben zu dieser Veranstaltung stellt sich der Canstatter Kreis u.a. so vor: *„Wir treten ein für die Freiheit der Person, für Erhalt von Mittelstand und Familie, Treue zu Heimat und Vaterland, Volkssouverenität, die deutsche Kulturnation, ...die abendländische Kultur,... Wir sind gegen den Werteverfall, ausufernde Staatsfürsorge, multikulturelle Gesellschaft, Ausverkauf nationaler Interessen.* Der "Pressespiegel Innerer Frieden", herausgegeben vom ***Friedenskomitee 2000*** des Alfred Mechtersheimer verweist in seiner Einladung zu diesem Termin auf seine „Kyffhäuserrede" (siehe WGA #9), die von rechtsradikaler Hetze nur



Alfred Mechtersheimer

so strotzte. Sogar von **Gerhard Freys *National-Zeitung*** wurde Mechtersheimer gelobt. Unter der Überschrift *„Von links zur Nation"* hieß es über den ehemaligen ***Grünen***-Bundestagsabgeordneten, er habe es geschafft, *„die (künstliche) Kluft zum nationalen Gedankengut zu überwinden"*. In der Nacht zum 26. Oktober '95 warf ein „autonomes Kommando" ***Schall und Rauch*** eine Nebelgasgranate in den Großen Kursaal von Bad Canstatt. Das Kommando forderte, keine faschistischen Veranstaltungen mehr zuzulassen. Immerhin hatten hier schon mehrfach die Republikaner getagt. Auch Jörg Haider hatte hier seinen ersten großen Deutschland-Auftritt. Den Sachschaden von dem Anschlag bezifferte das Hochbauamt auf „unter 100.000 Mark". Am 27. Oktober '95 fand dann das Treffen trotz alledem unter starkem Polizeischutz statt. Vor dem Kursaal hatten sich AntifaschistInnen zu einer Gegendemonstration versammelt. Aber auch die Veranstaltung blieb nicht ungestört. Einigen Antifas (die sich entsprechend umziehen konnten) gelang es, in die Podiumsdiskussion zu gelangen. Diese wurden prompt von Mechtersheimer als *„neue SA"* und *„Linksfaschisten"* beschimpft. Dieter Stein bot den Antifas sein Mikrofon an, *„falls sie in der Lage sind, einen einzigen zusammenhängenden vernünftigen deutschen Satz zu formulieren"*. Eine Schülerin ging darauf ein und begann eine Protesterklärung zu verlesen. Sie stieß dabei auf den Protest zahlreicher anderer Antifas die die Meinung vertraten, daß man nicht hier sei um mit Faschisten zu diskutieren. Dann eskalierte die Situation auch schon. Mechtersheimer rief: *„Ich fühle mich unter den Faschisten, die hier sind, recht wohl"* und schlug einem Kamerateam die Kamera aus der Hand. Das national-liberale Publikum begann den Antifas ihr Transpi „Kein Rederecht für Nazis mit Schlips und Kragen" zu entreißen. Dann drängten Polizei und Veranstalter die etwa 50 Antifas gewaltsam aus dem Saal. 15 von ihnen wurden festgenommen. Anschließend deckten die Referenten ihre 150 Besucher noch 75 Minuten lang mit nationalistischen Sprüchen ein. Roth wünschte sich *„mehr von denen, denen das Wohl des deutschen Volkes über eigene und fremde Interessen gilt"*. Alexander von Stahl definierte *„die selbstverständliche Liebe zur Nation"* als wichtigen Teil des Liberalismus. Durch ein *„selbstbewußtes Nationalgefühl"* hätte die FDP noch eine Chance. Mechtersheimer warnte vor einer *„Bevölkerungsveränderung"*: Bald seien in Deutschland *„von 80 Millionen 30 Millionen ausländischer Herkunft"*. Dadurch würde *„die Intelligenz des Landes völlig in Frage gestellt"* und die Gesellschaft sei nicht mehr in der Lage, *„den Frieden zu garantieren"*. Mit Reformen sei in diesem Land nichts mehr zu ändern. *„Diese Republik"* habe schon *„zu lang gelebt"*. Hans Manfred Roth äußerte dem JF-Redakteur **Jürgen Mohn** gegenüber in einer „launigen Bemerkung", daß er sich durch die Störungen nicht beirren lassen will. Bei den in Stuttgart aktiven nationalliberalen und konservativen Gesprächskreisen könne man *„öfters was erleben"*.

Friedhof geschändet

AZ 4.10.95 - Erneut ist der jüdische Friedhof in Wangen geschändet worden. Es wurden dabei insgesamt zwölf Grabsteine von Unbekannten umgestoßen. Mehrere Grabmale gingen dabei zu Bruch. Bereits im Oktober 1992 stießen zwei Rechtsextremisten auf dem Friedhof in Wangen 17 jüdische Grabsteine um. Trotzdem geht die Polizei und Staatsanwaltschaft Konstanz nicht von einer politisch motivierten Straftat, sondern von Vandalismus aus.

Neues von Helmut Braun

bnr 21/95 - Der ehemalige Funktionär der verbotenen ***Nationalistischen Front*** (***NF***), **Helmut Braun**, bewirbt sich als Ersatzkandidat für die ***NPD*** im Wahlkreis 34 in Heidelberg zur Landtagswahl 1996 in Ba.-Wü. Helmut Braun (geb. 9.3.1956) begann seinen Weg in der Nazi-Szene (laut NF-Datei) bereits am 25.2.1961, also mit 5 Jahren. Seine Mitgliedsnummer in der NF



Helmut Braun (Mitte mit Bart)

war B-004 (Die Mitgliedsnummern wurden dem Rang nach vergeben!). Als seinen Beruf gab er Industriekaufmann an. Helmut Braun fungierte unter dem mittlerweile 40jährigen NF-Chef Meinolf Schönborn (Mitgliedsnummer 01) als stellvertretender Vorsitzender der NF sowie als NF-Bundeskassenwart und Bereichsleiter Süd. 1976/77 kam Braun zur „nationalrevolutionären" Gruppe ***Sache des Volkes*** (***SdV***) und berief sich ideologisch auf den Nationalbolschewisten Ernst Niekisch. Braun schloß sich in Folge der NF-Spaltung 1992 der ***Sozialrevolutionären Arbeiterfront*** (***SrA***) um Andreas Pohl (35 Jahre alt) an.

Gerhard Schumann tot

bnr 21/95 - Der ***SA***-Dichter und zeitweilige Reichskultursenator im Nazi-Deutschland, **Gerhard Schumann** (geb. 14.2.1911) ist jüngst verstorben. Schumann, der 1936 mit dem Nationalen Buchpreis ausgezeichnet wurde und nach Auffassung der rechtsextremen Monatszeitschrift ***Nation & Europa (NE)*** zu den *„bedeutendsten deutschen Lyrikern in diesem Jahrhundert"* gehört, war auch noch nach 1945 in der deutschen Nazi-Szene aktiv. So war er u.a Leiter des ***Hohenstaufen-Verlages***, dessen Vertrieb und Verwaltung 1981 vom rechtsradikalen ***Druffel-Verlag*** übernommen wurde. Ebenso gehörte Schumann zu dem Redaktionsstamm der ***Klüster Blätter***, die später in den ***Deutschen Monatsheften*** aufgegangen sind. Schumann wurde außerdem von zwei rechtsradikalen Organisationen mit Preisen versehen. 1981 bekam er von der ***Gesellschaft für freie Publizistik (GfP)*** die Huttenmedaille, 1983 vom ***Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG)*** den Schillerpreis.

Bayern

NPD-Kundgebung in Karlstadt

NIT Berlin 28.9., 4.10.95, AN 21/95 - Am 3. Oktober '95 fand in Karlstadt das Deutschlandtreffen und eine Kundgebung der ***NPD*** statt. Beide Veranstaltungen waren erlaubt, solange nicht **Günter Deckert** daran teilnimmt. Organisatoren dieser Veranstaltung waren der NPD-Parteivorstand und der Bezirksverband Unterfranken. Schon am 28. September gaben die Organisatoren über das ***Nationale Infotelefon Berlin*** bekannt, daß sich Interessenten am 3. Oktober zwischen 9.00 und 10.30 Uhr am Bahnhof Gmünden sammeln sollen. Die Telefonnummern 0172-5112106 und 0172-2614486 wurden für „Notfälle" herausgegeben. Um 11.00 Uhr begann unter großem Polizeischutz die NPD-Demo auf dem Karlstädter Marktplatz. Hier sprachen der NPD-Bezirksvorsitzende **Klaus Beier** (aus Amorbach), der stellvertretende Landesvorsitzende **Rolf Ollert** (Nürnberg) und der NPD-Generalsekretär **Ulrich Eigenfeld**. Anwesend waren ca. 150 NPD'ler, die überwiegend aus Hessen und Thüringen mit dem Zug angereist waren. Der NPD-Demo stand eine wesentlich größere antifaschistische Gegendemonstration gegenüber, die dafür sorgten, daß die Reden der Rechtsextremisten kaum zu hören waren. Aufgrund der großen Polizeipräsenz blieb es aber bei Sprechchören und Eierwürfen. Zum Schluß marschierten die NPD'ler unter starkem Polizeischutz zurück zum Bahnhof, wohin sie von AntifaschistInnen begleitet wurden. Nach der Demo versammelten sich einige Rechtsextremisten in Kirchzell sowie in einer Ortschaft im Landkreis Schweinfurt zum „gemeinsamen Essen".

Jugendclub angegriffen

JW 15.11.95 - Am 12. November '95 wurde in Burgau der Jugendclub ***Altes Gut*** von Rechtsradikalen angegriffen. Die Rechtsradikalen waren dazu u.a. aus Hessen angereist. Während des Überfalls kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Bundesparteitag vom Bund Freier Bürger

bnr 21/95 - Einen programmatischen Bundesparteitag veranstaltete der ***Bund Freier Bürger-Die Freiheitlichen*** (***BFB***) am 16./17. September '95 im Bad Kissinger Konferenzhotel ***Forum Frankenland***. 138 Deligierte aus der ganzen Bundesrepublik waren in Bad Kissingen zugegen. Schwerpunkt der zweitägigen Veranstaltung war die Vorbereitung einer Anti-Maastricht-Kampagne und die Steigerung der BFB-Präsenz in den Medien. Gastredner des Parteitages war **Alfred Mechtersheimer** vom „national-neutralistischen" Friedenskomitee 2000.

REP-Strategie

JF 10.11.95 - Der bayerische REP-Landesvorstand will sich in Zukunft „bürgerlich-national" geben. „*Rechte Sektierer wie der Verleger Gerhard Frey würden versuchen, die **Republikaner** ins Abseits zu führen*", heißt es unter anderem. Planspiele einer Zusammenarbeit mit der ***NPD***, der ***DVU*** oder einer „Vereinigten Rechten" sollen zurückgewiesen werden. Die Realität sieht allerdings anders aus, wie z.B. in Pulheim und Berlin deutlich wurde. In dem Papier ist von „*Drahtziehern eines fundamentalistischen Kurses*" die Rede, die versuchen „*die Realos*" zugunsten der „*Fundis*" aus innerparteilichen Positionen zu verdrängen.

Inserieren in der
Was geht ab?
Pro cm²
=
40 Pfennig
Eine Anzeige in dieser Größe kostet z.B. 18,00 DM

Nazi-Skins gründen eigenen Verein

bnr 23/95 - Eine Gruppe von Nazi-Skins möchte sich im Allgäu zu einem Verein zusammenschließen. Beim Amtsgericht Kaufbeuren wurde dazu ein Antrag auf Eintragung in das Vereinsgregister für ***Skinhead Allgäu e.V.*** eingereicht. Bereits im September sollen sich nach Polizeiangaben 43 Personen in Mindelheim zu einer „konstitutierenden Sitzung" versammelt haben. Die Gruppierung habe sich damals noch ***Skinhead Allgäu 88 e.V.*** genannt. Die Zahlen 88 und 18 kommen in der Nazi-Szene relativ oft in Gruppennamen vor (z.B. Combat 18 aus England). Die Zahl 88 ist als Chiffre für „Heil Hitler" (das H als achter Buchstabe im Alphabet), und die Zahl 18 für „Adolf Hitler" gedacht. Sitz des Vereins soll Pfronten werden.

„Stille Hilfe" tagte

AN 21/95 - Auf der Suche nach ihren von dem langjährigen Geschäftsführer **Gerhard Blet-schacher** unterschlagenen Millionen (siehe WGA # 7) traf sich die ***Stille Hilfe Südtirol*** vor einiger Zeit in München zu ihrer Jahreshauptversammlung. Von den angeblich 8.000 Mitgliedern und 20.000 Förderern des Vereins kamen aber nur 150 TeilnehmerInnen zusammen. Auch Gerhard Bletschacher, langjähriger ***CSU***-Funktionär und **Gauweiler**-Vertrauter der sich jetzt als Taxifahrer über Wasser hält, erschien nicht. Nach einem Gutachten des Vereins, dem mittlerweile die Gemeinnützigkeit aberkannt wurde, summieren sich dessen Verluste mit Zins- und

"Junges Franken"

NE 11-12/95, WGA - Die neue Nazi-Zeitung ***Junges Franken*** ist mit ihrer September/Oktober-Ausgabe auf dem Markt. Das „Junge Franken", das zusammen mit dem Schwesterorgan ***Neue Thüringer Zeitung*** erscheint, hat nach eigenen Angaben eine Auflage von 30.000 Exemplaren. Die Zeitung beteiligte sich aktiv an der Anti-Antifa-Kampagne und outete zahlreiche Menschen, die sie für Antifas hielten. Ansonsten bot sie Rechtsextremisten vom ***Junge-Freiheit***-Leserkreis Franken bis hin zur ***JN*** und ***FAP*** Raum zur Selbstdarstellung. Sie hat in ihrer neusten Ausgabe versucht, durch ein seriöseres und verbessertes Layout professioneller zu wirken. Auch hat sie ihren Untertitel von *Zeitschrift für die Sache des Volkes* in *Zeitung der nationalen Erneuerung* umbenannt. Die Nazizeitung ***Nation & Europa*** (***NE***) lobt besonders die „Grundsatzartikel aus prominenter Feder". Laut NE liegt auch die Redaktion des Jungen Franken in „jungen, talentierten Händen". Die Redaktion liegt bei **Christian Wendt** und **Tino Brandt** (auch Unterzeichner der „Pulheimer Erklärung"). Beide sind aus der Nazi-Szene schon lange bekannt. Christian Wendt ist neben **Frank Schwerdt** Hauptaktivist der Nazipartei ***Die Nationalen*** und kann schon auf eine jahrelange Karriere in der radikalen Nazi-Szene Berlins zurückblicken. Auch Tino Brandt ist in der radikalen Naziszene kein Unbekannter, er ist u.a. von der ***Anti-Antifa*** Ostthüringen in Rudolstadt. Er ist in der Zeitung der „Nationalen", der ***Berlin-Brandenburger Zeitung (BBZ)***, verantwortlicher Redakteur für den Bereich Thüringen. Auch die Adresse des Jungen Franken liegt in Berlin, genauer gesagt beim ***VBR-Verlag***, Postfach 21, 12489 Berlin-Treptow. Dies ist auch die Adnschrift der „Nationalen" und der „Berlin-Brandenburger Zeitung". Hier können Interessenten für 36 Mark ein Jahresabo bestellen. Frank Schwerdt informierte Anfang September '95 die AbonnentInnen der BBZ darüber, daß im September dieses Jahres zwei lokale Ausgaben der Zeitung in Franken und Thüringen erscheinen werden. Das „Junge Franken" und die „Neue Thüringer Zeitung" werden höchstwahrscheinlich diese sein.

Zinsenszinsen auf bis zu elf Millionen Mark. Bletschacher, der mit einer Anklage wegen Veruntreuung zu rechnen hat, wurde von der Versammlung die Entlastung als Vorstandsmitglied verweigert. Neuer Vorsitzender des Vereins wurde **Walter Layritz** (war bis zum 1. November '95 Chef der Münchener Stadtwerke). Dem neuen Vorstand gehören ferner **Franz Defregger** (Beamter in Bayerns Umweltministerium), **Alois Hofmann**, **Wilhelm Kahlich** und **Georg Kapfer** an.

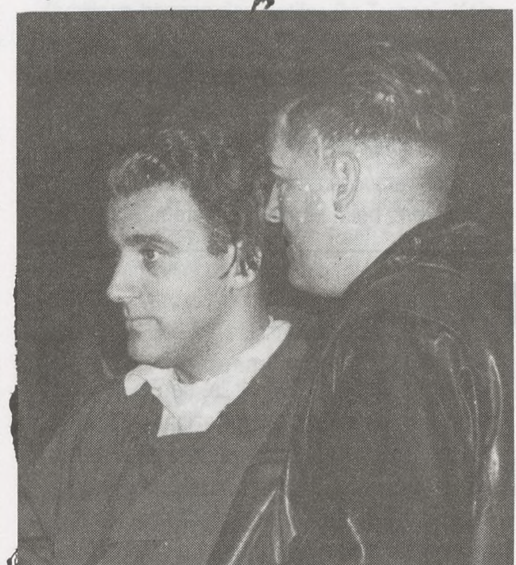
DVU-Versammlungen

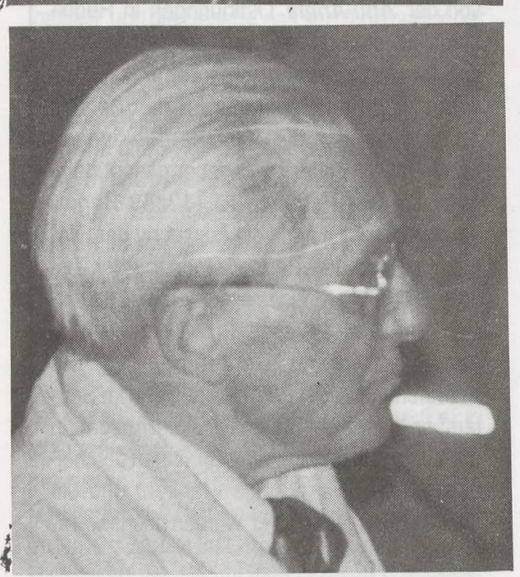
DNZ 3.11.95, WGA - Auch diesen Monat fanden in Bayern Treffen der ***DVU*** statt. Am 5. November um 10.30 Uhr und 3. Dezember '95 traf sich die DVU in Regensburg im Hotel ***Straubinger Hof*** in der Adolf Schmetzerstr.33 zum Stammtisch. Info-Telefon hierfür war (0941) 792561. Am 11. November um 15.00 Uhr fand eine DVU-Versammlung im neuen DVU-Versammlungslokal im ***Augsburger Hof*** in der Adam-Klein-Str.146 in Nürnberg statt. Hier sprach einer der stellvertretenden Vorsitzenden des DVU-Landesverbandes Bremen (1993), **Siegfried Tittmann**. Info-Telefon hierfür war (0911) 261258.

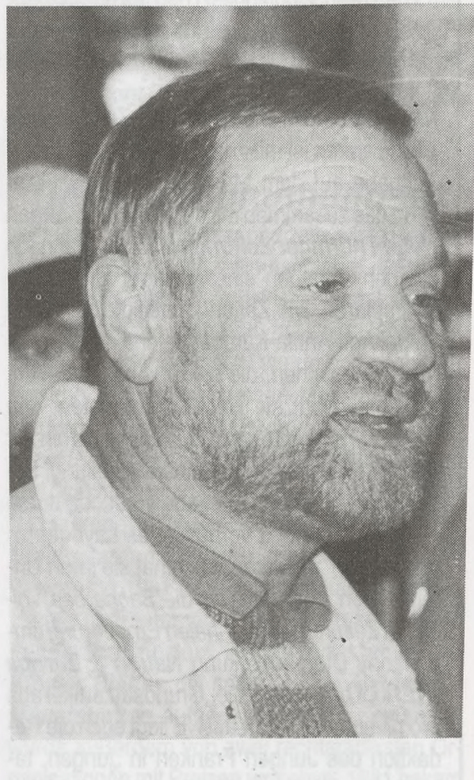
Berlin

Koordinierungstreffen der Berliner Neonazi-Szene

WGA, TAZ, ND, JW 22.11.95 - Am 20. November '95 trafen sich um 19.00 Uhr Führungskader der nun verbotenen ***Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)***, der ***Wiking Jugend (WJ)***, der ***Kameradschaft Treptow***, der ***Nationalen***, der ***Republikanern*** und Neonazis aus dem Umfeld der rechtsradikalen Zeitung ***Nation & Europa (NE)*** in der Kneipe ***Schwabenstuben*** (Hauptstr. 70, Schöneberg, Tel. 8528190) zur Koordinierung gemeinsamer Arbeit. Eingeladen hatte **Peter Dehoust** von der NE zu einem „Berliner Runden Tisch" sämtlicher rechten Parteien, wozu **Karl Richter** einen Vortrag halten sollte. Richter war ehem. bei der ***Burschenschaft Danubia***, den REPs, der ***Vereinigten Rechten*** und ist jetzt Beisitzer der ***Deutschen Liga für Volk und Heimat (DL)***. Der Einladung waren u.a. ein Teil der Berliner Führungsriege der verbotenen FAP **Detlef Cholewa**, **Tino Stange**, **Christian Wendt** und **Lutz Schillock** gefolgt. Detlef Cholewa war früher bei der FAP, ist jetzt bei der Kameradschaft Treptow und war Direktkandidat für die Nationalen in Berlin Treptow. Lutz Schillock kommt aus der WJ, stieß später zur FAP und ist einer der ersten bekannten Nazikader in Berlin. Christian Wendt dürfte ja mittlerweile jedem bekannt sein. Ebenfalls kamen bekannte Funktionäre der Republikaner, wie **Sascha Kari** aus Neukölln sowie **Frank Seifert** und **Michael Aulich** (ehem. WJ), beides REP-Kandidaten aus Tiergarten. Gegen das Treffen der rechtsradikalen Führungsriege Berlins protestierten rund 50 Antifas und blockierten den Eingang zu den Schwabenstuben. Am Rande dieser Aktionen wurden einige Neonazis zum umkehren gezwungen und u.a das Auto von Stange entglast und tiefergelegt. Als die Polizei massiv einschritt kam es zu willkürlichen Verhaftungen von 19 Antifas. Gegen das Nazitreffen wurde nicht vorgegangen, obwohl den anwesenden Beamten dessen Charakter bekannt war. Die Antifas dagegen wurden erkennungsdienstlich behandelt, und müßen sich vorrausichtlich wegen Landesfriedensbruch, Sachbeschädigung und Körperverletzung verantworten. Die Kneipe „Falkos Schwabenstuben" ist schon seit Jahren ein beliebter Nazitreffpunkt. Dort trafen sich neben der ***Berliner Kulturgemeinschaft Preußen*** und dem ***Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk*** auch die NF-Nachfolgepartei ***P.O.H.L.***. Für den Betreiber **Michael Falko** scheinen diese Gruppen immer wieder gerngesehene Gäste zu sein.







Teilnehmer an der Veranstaltung in den "Schwabenstuben"

Nazi-Proll-Kneipe angegriffen

Taz 15.11.95 - Am Mogen des 12. November '95 wurde die Kneipe ***Zum Afrikaner***, in der Prenzlberger Kastanienallee Ziel einer antifaschistischen Aktion. In einem Bekennerbrief heißt es dazu: *„Wir zerstörten die Rolläden und Fenster und schütteten Buttersäure in das Innere der Kneipe. In der Vergangenheit kam es aus der Kneipe heraus häufig zu Pöbeleien und Tätlichkeiten von rechten Suffköppen und Naziskinheads. Endgültig die Schnauze voll hatten wir, als vor einer Woche* (also Anfang November) *vor der Kneipe 3 Jugendliche mit Totschlägern angegriffen wurden, weil diese lange Haare trugen. Wir werden das Auftreten von Nazis nicht weiter dulden und gegebenenfalls konsequent nachsetzen!!"* Neben dem Kneipenschild ist bezeichnenderweise ein biertrinkender Affe abgebildet. Dazu jemand von der Geschäftsleitung: *„Ich hielt das immer für eine Abkürzung: Affe, Afrikaner."*

Gau-Abzeichen beschlagnahmt

BeZe, JW 9./10.11.95 - Am 8. November '95 ließ die Polizei einen Hersteller verbotener Abzeichen diverser Nazi-Gruppen auffliegen. Bei der Durchsuchung der Wohn- und Geschäftsräume und von Produktionsstätten in Tiergarten, Schöneberg und Tempelhof des 52jährigen Berliner Kaufmanns, wurden mehrere hundert Gau-Abzeichen beschlagnahmt. Die Abzeichen, welche früher von der Hitler-Jugend benutzt wurden, sind in der Nazi-Szene, besonders bei Ex-***FAP***-Aktivisten, sehr beliebt, um aller Welt die eigene Wichtigkeit zu beweisen.

Christian Wendt angeklagt

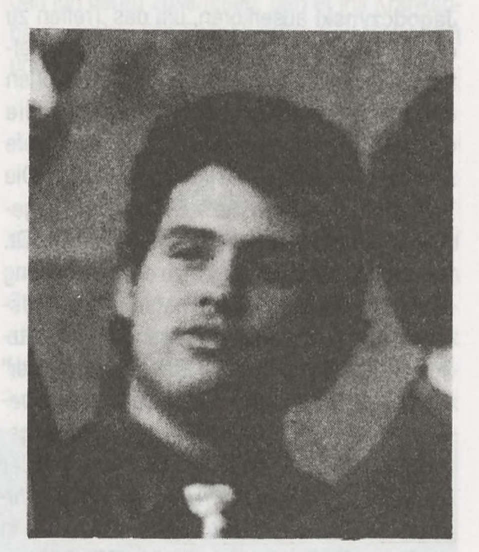
NIT Berlin 21.10.95 - Gegen den verantwortlichen Redakteur der ***Berlin-Brandenburger Zeitung (BBZ)***, **Christian Wendt** wird im Januar '96 das Hauptverfahren wegen Beleidigung vor dem Amtsgericht Tiergarten eröffnet. Wendt flog schon als Schüler wegen NS-Aktivitäten von der Helmholzschule, landete später bei der ***FAP*** und weißichnichtwoalles und ist jetzt bei den ***Nationalen*** aktiv. In der BBZ erschienen mehrmals recht flegelhafte Artikel über Brandenburgs Innenminister Alwin Ziel, die Grund für ein Strafverfahren waren. Als Verteidiger für Wendt wird der bekannte Hamburger Rechtsanwalt **Jürgen Rieger** angekündigt, welcher dann im Prozeß den Zeugen Ziel befragen darf. Der Prozeß ist auf den 23. und 24. Januar '96 festgesetzt.

NEUES VON DEN "NATIONALEN"

bnr 23/95, BBZ # 18 - Zu einer Saalveranstaltung mit anschließenden Kameradschaftsabend luden die ***Nationalen*** am 18. Oktober '95 ins Bohnsdorfer ***Volkshaus***. Bei der Gelegenheit wurden die beiden Berliner Kandidaten der Nationalen, **Mike Penkert** und **Detlef Cholewa** vorgestellt. Detlef Cholewa war Aktivist der nun verbotenen ***Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)*** und ist jetzt außerdem bei der ***Kameradschaft Treptow***. Mike Penkerts Wohnung in Tiergarten (Wisnackerstr. 13) hat sich in letzter Zeit zum Stützpunkt der aktiven Nazi-Szene entwickelt. Neben bekannten Nazi-Kadern wie **Christian Wendt** verkehren dort auch Nazis aus dem Umfeld der „Kameradschaft Treptow" und der ***Republikaner***. Von dort aus gingen die Nationalen mit den REPs zusammen auf Wahlkampf-Klebetouren und auch sonst organisierten die REPs und die Nationalen ihren Wahlkampf gemeinsam z.B. mit gemeinsamen Wahlständen (siehe WGA # 10). In der ***Berlin-Brandenburger Zeitung (BBZ)***, dem Organ der Nationalen, wird das nochmal besonders gelobt: *„Im Berliner Stadtbezirk Tiergarten läuft die Zusammenarbeit zwischen Republikanern und den ebenfalls zur Wahl antretenden Nationalen vorbildlich: Im Wahlkreis 1 unterstützen die Nationalen die BVV-Liste der Republikaner, umgekehrt unterstützen die Reps im Wahlkreis 2 den Direktkandidaten der Nationalen." „Die konstruktive Arbeit soll auch nach den Wahlen fortgesetz werden, war von den jeweiligen Spitzenkandidaten zu erfahren."* Desweiteren verkündet Mike Penkert in einer Anzeige: *„Zahlen sie zuviel Steuern? Das muß nicht sein - wir beraten sie gerne. Tel. 030 - 394 17 30. Mike Penkert - gut betreut".* Herausgeber der BBZ ist **Frank Schwerdt** (52), ehemaliger Funktionär von ***NPD, CDU, REP***, der ***Deutschen Liga (DL)*** und jetziger Vorsitzender der Nationalen, sowie Christian Wendt (24), ehemaliger FAP-Aktivist mit einer ähnlichen „Karriere" wie Schwerdt. Interviewpartner der neuen BBZ ist **Norman Kempken** (26), Herausgeber des ***Anti-Antifa*** Blattes Einblick. Die BBZ ist inzwischen auch über die ***Thule-Mailbox*** abrufbar. Beiträge sind ans Brett T/PUBLIK/BBZ/REDAKTION zu schreiben.

Nazi-Hörfunk will wieder senden

WGA, BBZ # 18 - Bereits am 29. April '95 ertönte auf der Kabelfrequenz 92,6 des ***Offenen Kanals (OK)*** das ***Radio für deutsche Interessen*** (siehe WGA #8). Eine Stunde lang wurden die ZuhörerInnen mit Musik der ***Böhsen Onkelz*** (welche heute ja ganz lieb sind) und anderer Nazibands sowie mit Liedern des Nazi-Sängers **Frank Rennicke**, Mitglied der nun verbotenen ***Wiking-Jugend (WJ)***, belästigt. Übers Radio wird so für die Neonaziszene geworben. Zweimal wurden die Telefonnummern der ***Nationalen Infotelefone (NIT)*** aus Hamburg und Berlin verlesen und das Urteil gegen **Günter Deckert** als Skandal bezeichnet. Der verantwortliche Betreiber **Nicolas Wernicke** (Kandidat der ***Republikaner*** und Autor in der ***Berlin-Brandenburger Zeitung*** der „Nationalen") verkündet, daß er die Sendereihe trotz einer Anzeige wegen Verbreitung jugendgefährdender Schriften wie geplant in mehreren Folgen fortsetzen will. Nicolas Wernicke ist gleichzeitig Betreiber des ***REP-Infotelefons*** und produziert zusammen mit **Kim Kurlbaum**, ebenfalls Kandidat der Republikaner, die Sendung. Bei beiden ist die Zusammenarbeit mit der militanten Naziszene (***Nationale***, NIT usw.) schon legendär. So wundert es nicht, daß in der nächsten Sendung die Nazi-Integrationsfigur **Ursula Schaffer**, Ehrenvorsitzende der ***Berliner Kulturgemeinschaft Preußen*** (siehe WGA #10) vorgestellt werden soll.



Nicolas Wernicke

Alt-Nazi auf Bewährung verurteilt

Taz 1.11.95 - Ein Verfasser rassistischer Flugblätter ist am 31. Oktober '95 zu drei Monaten Haft auf Bewährung wegen Volksverhetzung verurteilt worden. Der 63jährige Rentner aus Moabit hatte 900 Zettel verteilt, in denen er die Zwangssterilisation außereuropäischer Ausländer befürwortet. Der Rentner hatte sich auf die Meinungsfreiheit berufen und kündigte Widerstand bis hin zum Bundesverfassungsgericht an.

Abschiebeknast eröffnet

JW 16.10.95 - Am 16. Oktober '95 wurde das neue Abschiebegefängnis in Grünau eröffnet. Berlins Innensenator **Dieter Heckelmann** hatte sich dafür extra viel Mühe gegeben und lud in einem Flugblatt die Grünauer Bevölkerung ein. Rund 8.000 Personen will der CDU-Politiker jährlich aus dem für 20 Millionen Mark sanierten ehemaligen Frauengefängnis abschieben lassen. Im April '95 hatte die Gruppe ***K.O.M.I.T.E.E.*** versucht, das im Bau befindliche Gefängnis zu sprengen. Die Aktion mißlang (siehe WGA #6).

FAP'ler auf Bewährung verurteilt

JW, BeZe 15.11.95 - Ein 28jähriger Aktivist der nun verbotenen ***Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)*** ist am 14. November '95 wegen antisemitischer und ausländerfeindlicher Propaganda zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und zwei Monaten verurteilt worden. Die 2. Große Strafkammer des Landgerichts Berlin sprach den Neonazi außerdem der Aufstachelung zum Rassenhass und des verbotenen Waffenbesitzes schuldig. Nun muß er 2.400 DM an die Aktion Sühnezeichen zahlen.

Polizist verurteilt

MAZ 14.10.95 - Wegen Mißhandlung eines Vietnamesen ist ein Berliner Polizist am 13. Oktober '95 vom Amtsgericht Tiergarten zu sechs Monaten Haft verurteilt worden. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß der 41jährige Beamte den Vietnamesen geschlagen hat. Das 39jährige Opfer erlitt eine Rippenprellung. Ein weiterer Polizist wurde wegen Strafvereitelung zu 8.400 Mark verurteilt.

Anschlag gegen Arwobau

Interim 16.11.95 - In der Nacht vom 9. auf den 10. November '95, haben autonome Gruppen names ***Tet-Offensive Lichtenberg*** bei der Zentrale der ***Arwobau*** in der Schulze-Boysen-Straße mehrere Scheiben eingeschlagen und Buttersäure hinterhergeworfen. Seit Anfang '95 räumt die landeseigene Arwobau systematisch alle Wohnheime von VietnamesInnen. Nur einige haben den Mut und halten an ihren mietvertraglich zugesicherten Rechten fest und bleiben dort wohnen. Um die letzten MieterInnen zu vertreiben, bedient sich die Arwobau der klassischen Mittel eines Slumlords: Strom und Wasser werden abgestellt, der Wachschutz terrorisiert die MieterInnen, Türen werden eingetreten... - die Praktiken der Arwobau sind schon lange bekannt. Skrupellos zieht sie den maximalen Profit aus den Wohnheimen - von MieterInnen die keine andere Wahl haben, als jede geforderte Miete zu bezahlen. In dem BekennerInnenschreiben heißt es: *„Der Rassismus der ARWOBAU stinkt zum Himmel - Jetzt stinkt die ARWOBAU."*

Gefälschtes Flugblatt

EPls - Seit einiger Zeit kursiert in antifaschistischen Kreisen ein Flugblatt, welches gegen die rechtsextreme Wochenzeitung ***Junge Freiheit (JF)*** gerichtet ist. Dieses Flugblatt hat als Herausgeber die Berliner ***Edelweiß-Piraten*** und als Verantwortliche im Sinne des Presserechtes die der Berliner Autonomenzeitschrift ***Interim***. Dieses Flugblatt ist nicht von den Edelweiß-Piraten! Auf dem Flugblatt wird ein Foto und die Geschäftsadresse von dem Chefredakteur der JF, **Dieter Stein** veröffentlicht. Dazu Sprüche wie: *„Der Faschismus ist nicht irgendwo, sondern direkt vor deiner Tür, Zimmermannstr. 55 - aber nicht mehr lang!"* oder *„Schlagt die Faschisten wo Ihr sie trefft!"*. Ansonsten ist noch eine Anzeige der Antifa-Zeitung ***Fight Back***, das Symbol der Kampagne ***Stoppt Nazi-Zeitungen*** und Layout-Symbole vom ***Antifa Infoblatt*** abgebildet. Einige Berliner EPls äußerten in einer Erklärung dazu: *„Wir haben natürlich nichts dagegen, wenn etwas gegen Nazi-Zeitungen unternommen wird, aber wir fragen hier trotzdem nach, weil Faschisten schon mehrmals Flugblätter von uns gefälscht haben (z.B. Boykott-Aufrufe gegen alle deutsche Firmen und Läden u.ä.)"* Das Flugie als solches ist „zusammengeschnipselt" und z.T. mit Hand geschrieben. Daß das Flugblatt nicht, wie normalerweise, gedruckt sondern nur kopiert und so extrem schlecht layoutet wurde verwundert, wenn man bedenkt, daß die Flugblätter proffesionell (mit Adressenaufkleber) an mehrere Antifa-Gruppen verschickt wurden.

Neonazi im Hungerstreik

BBZ #18, bnr 21/95 - Seit dem 16. August '95 um 12.00 Uhr ist der Berliner Neonazi **Marcus Bischoff** im Hungerstreik. Der Berliner Nazi-Aktivist war in der nun verbotenen ***Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)***, in der ***Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene (HNG)*** sowie, laut Antifa-Infoblatt, Mitglied in der Berliner ***Anti-Antifa*** und arbeitete beim ***NS-Denkzettel*** mit. Der N(atur)-S(chutz)-Denkzettel wird von der militanten Nazigruppe ***Weißer Arischer Widerstand (WAW)*** verbreitet. Am 10. März '95 wurde der damals 34jährige Nazikader u.a. wegen Verbreitung des NS-Denkzettels und Aufstachelung zum Rassenhaß zu zwei Jahren Haft verurteilt. Als Entlastungszeuge trat auch der bekannte Nazikader ***Arnulf Priem*** auf. (siehe WGA #5) Mit dem Hungerstreik will Bischoff gegen seine angebliche Isolationshaft protestieren.

Mete-Eksi-Preis verliehen

GEW, Tsp 20.11.95 - Am 18. November '95 wurde in Berlin der ***Mete-Eksi-Preis***, dotiert mit 5.000 Mark, verliehen. Er geht zu gleichen Teilen an die Aktion ***Unite & Act*** sowie an das ***M.A.P.P. (Multinational-Antiracist-Performance-Project)***. Zwei Anerkennungsurkunden des Mete-Eksi-Fonds erhielten die Berliner ***Edelweiß-Piraten*** sowie SchülerInnen der 9. und 10. Klasse der Hector-Petersen-Oberschule in Kreuzberg.

Lesertreffen der "Staatsbriefe"

WGA - Für einen harmlosen „Literaturkreis" reservierte der langjährige Naziaktivist **Heiko Luge** im bürgerlichen Restaurant ***Janus*** in der Ordensmeisterstr. 57 in Tempelhof ein Hinterzimmer, in welchem am 29. Oktober '95 um 16.00 Uhr das erste Berliner Lesertreffen der nationalrevolutionären ***Staatsbriefe*** stattfinden sollte. Der Staatsbriefe-Herausgeber, **Hans-Dietrich Sander**, hatte Heiko Luge und **Peter Jagodczynski** auserkoren, um das Treffen zu organisieren. Sander selbst wollte auf dem Treffen einen kurzen Vortrag über die „Variationen eines Systemswechsels" halten, um die Gesprächsrunde einzuleiten. Die Staatsbriefe sind eine rechtsradikale Ideologiepostille. Die Zeitschrift veröffentlichte z.B. das „100 Tage-Programm" des rechtsradikalen Ideologen Dr. **Reinhold Oberlercher**, in dem er die Gründung einer diktatorischen nationalen „Notstandsregierung" propagiert sowie folgende Grundsatzpapiere: „Weltordnung des Europas der Völker" (11/91), „Programm der reichsdeutschen Bewegung" (1/91) und einen „Reichsverfassungsentwurf" (1/92). Heiko Luge war Mitglied der ***Deutschen Volksunion (DVU)***, der ***Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)*** und in der Tempelhofer ***Jungen Union (CDU)***. Er organisiert seit März '95 einen „Schulungszyklus" zur „Neuordnung Deutschlands". Desweiteren leitet er mit dem bekannten Rechtsextremisten **Helge Drescher** (aktiv z.B. in der ***Berliner Kulturgemeinschaft Preußen*** und Autor der ***Jungen Freiheit***) das ***Deutsche Colleg***, in welchem nationalrevolutionäre Theoriearbeit für die faschistische Machtübernahme geleistet wird. Die Staatsbriefe dienen als Organ einer braunen Vereinigung von Akademikern, die sich in der ***DESG (Deutsch-Europäische Studiengesellschaft)*** organisiert haben. Am 28. Oktober '95 besuchten einige AntifaschistInnen das Restaurant und informierten die Gäste und die Belegschaft über das das rechtsextremistische Treiben. Der Inhaber der Gaststätte, **G. Zimmermann**, wurde zur Kündigung der Räume aufgefordert. Die Aktion wurde sehr positiv aufgenommen, einige Gäste solidarisierten sich mit den Antifas. Es stellte sich herraus, daß der Raum schon einmal von Neonazis gemietet wurde, woraufhin es zu Beschwerden über rechtsradikales Gegröhle kam. Ein Drescher hatte Anfang Juni '95 hier bereits ein Treffen durchgeführt, ob es sich dabei um Helge Drescher handelt, ist nicht klar. Auch ob das Treffen nun durchgezogen wurde oder nicht ist unklar, da anwesende Zivilpolizisten äußerlich kaum von den Rechtsradikalen zu unterscheiden waren. Das Janus glich am 29. Oktober '95 einer Festung: Alle Fenster fest verrammelt, vor der Tür ein Pulk von ca. 15 Rechtsradikalen und mindestens sechs Polizeifahrzeuge drumherum. Die leicht verstörten, sonst so stämmigen Jungdeutschen, spähten erfolglos nach anstürmenden ChaotInnenhorden. Luge und Sander machten sich ziemlich schnell aus dem Staub, deshalb hat das Treffen wahrscheinlich nicht oder woanders stattgefunden. Zimmermann hatte anscheinend voll auf die Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den Rechtsradikalen gesetzt. Anders als die Belegschaft, die sich für den Rausschmiß der Nazis aussprach, bot er Ihnen Schutz. Immerhin ist erreicht worden, daß die Nazis als solche geoutet wurden und sich die *„positiven Erfahrungen mit den frühjahrlichen Lesertreffen in Leipzig"* (Luge in der Einladung) nicht auf den „Berliner Raum" übertragen ließen.

„Heldengedenktag“ ohne Helden

BeZe 3./7./11.11.; BM, Tsp 20.11.95, WGA - Seit einigen Jahren versuchen faschistische Organisationen am Volkstrauertag einen Aufmarsch auf dem Soldatenfriedhof in Halbe zu veranstalten. Das letzte Mal konnten die Nazis ihren „Heldengedenktag“ im November '91 groß feiern: 500-600 Faschisten marschierten damals auf dem von der ***Deutschen Kulturgemeinschaft (DKG)*** organisierten Aufzug unter Fahnenschwenken und Trommelwirbel. Der Berliner Teil der Organisation heißt heute ***Berliner Kulturgemeinschaft Preußen (BKP)*** und wie schon damals ist die 83jährige Nazifrau **Ursula Schaffer** im Namen dieser Gruppe Anmelderin des Gedenkmarsches (siehe WGA #10). Der diesjährige Aufmarsch sollte am 19. November '95 gegen Mittag in Halbe stattfinden, aber auch in Schwedt und in Gusow waren entsprechende Veranstaltungen geplant. Im Vorfeld gab es einiges Hickhack um die Genehmigung der Veranstaltung. Der brandenburger Innenminister Alwin Ziel kündigte bereits Ende Oktober ein „unnachgiebiges Vorgehen des Staates und der Polizei“ gegen die geplanten Aufmärsche an. Am 2. November wurde der Halbe-Marsch vom Potsdamer Polizeipräsidium verboten, jedoch legte die BKP noch am selben Tag Widerspruch dagegen ein. Das Potsdamer Verwaltungsgericht hob am 10. November das Verbot auf, wogegen widerum der Polizeipräsident Beschwerde einlegte. Letztendlich wurden alle drei geplanten Märsche am 16. November vom brandenburger Oberverwaltungsgericht verboten, da zu erwarten sei, daß etwa 3.000 Nazis daran teilnehmen würden, was eine „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ bedeutet hätte. Immerhin hatten die Faschisten bis zum Sonntag bundesweit nach Brandenburg mobilisiert. Allein in Halbe waren deshalb rund 1.000 Polizeibeamte stationiert, die sämtliche Besuche in dem Ort verhinderten und nur EinwohnerInnen hineinließ. Im Raum Seelow überwachte die Polizei alle Friedhöfe mit Soldatengräbern. In Stahnsdorf bei Berlin nahm die Polizei die Personalien von sechs Jungnazis mit SS-Abzeichen auf der Jakke auf, die sich in einem Café gegenüber eines Friedhofs versammelt hatten, auf dem mehrere NS-Generäle begraben sind. Die Nazi-Veranstaltung in Gusow (bei Seelow im Oderbruch) wurde von den ***Jungen Nationaldemokraten*** angemeldet, die in Schwedt von der ***Deutsche Liga***. In Gusow wurde parallel zum Nazi-Aufmarsch auf eine Antifa-Demonstration verboten, da diese „nicht mehr notwendig“ sei, wie das Polizeipräsidium Frankfurt/Oder argumentierte.

Jugoslawe angegriffen

MAZ, RA 23.10.95 - In der Nacht zum 22. Oktober '95 ist ein Jugoslawe in Belzig von vier Neonazis angegriffen und zusammengeschlagen worden. Er war zusammen mit seiner Frau auf der Durchreise und mußte in Belzig umsteigen. Um die Zeit zu überbrücken, ging er in die Gaststätte ***Come In***. Bereits dort wurde er von einigen Gästen geschlagen. Als er zum Bahnhof zurückkehren wollte folgten ihm vier Männer und schlugen ihn derart zusammen, daß er ins Krankenhaus mußte. Die Polizei nahm drei Täter fest und führte sie dem Haftrichter vor.

Nazitreffen in Cottbus

EPls Cottbus, BBZ #18 - Am 6. September '95 fand um 20.00 Uhr in der Gaststätte ***Nashville*** in Cottbus-Merzdorf ein Treffen von rund 70 Neonazis statt. Unter anderem nahmen **Frank Hübner** (Cottbus, ex-DA-Vorsitzender), **Friedhelm Busse** (ex-FAP-Vorsitzender) und **Frank Schwerdt** (Die Nationalen), teil. In Cottbus versuchen Faschisten in letzter Zeit wieder verstärkt Fuß zu fassen, z.B. durch „volksnahe Veranstaltungen“. Die ***Nationalen*** klagen wegen der Auflösung dieses Treffens durch 150 Polizisten, was in den Augen der Faschisten ohne rechtliche Grundlage geschah sowie wegen der Verschleppung auf die Polizeiwache. Einsatzleiter Zacharias begründete das Vorgehen damit, daß es sich um ein Treffen verbotener Organisationen wie der ***Deutschen Alternative*** und der ***FAP*** handelte. Die Nationalen klagen beim Cottbuser Verwaltungsgericht.

„Junges Nationales Spektrum“

BBZ #18 - Unter Androhung rechtlicher Schritte wandte sich der Vorstand des ***Jungen Nationalen Spektrums (JNS)***, Jugendverband der ***Nationalen***, gegen eine Reihe angeblicher Falschmeldungen, Verleumdungen und Lügen in den brandenburgischen Zeitungen. Er forderte die verantwortlichen Redakteure der ***Märkischen Allgemeinen*** und ***Lausitzer Rundschau*** dazu auf, Gegendarstellungen zu veröffentlichen. In den Artikeln soll behauptet worden sein, daß die JNS aufgebaut sei wie die NSDAP und die Mitglieder dazu verpflichte, verschwiegen gegenüber deren Eltern zu sein. Dies sei eine dreiste Lüge, der JNS strebe ein gutes Verhältnis zu den Eltern der Mitglieder an, so der Vorsitzende **Udo Hempel**. Etwa 30 JNS'lern gelang es, in eine „Vor Ort“-Sendung des ORB-Fernsehens einzudringen. Diese Sendung zum Thema Asyl fand in einem Flüchtlingsheim in Fürstenwalde statt. Ein Vertreter der „Nationalen“ hetzte: *„Es geht hier einzig und allein darum: Haben die Ausländer eine Berechtigung hier zu sein? Da das nicht der Fall ist, stellt sich die Frage, wie wird man sie möglichst schnell wieder los?“*. Einige Antifas versuchten die Nazis an ihrer Hetzrede zu hindern und dem Redner das Mikrophon zu entreißen. Dieser konnte aber trotzdem vor laufender Kamera die Fernsehzuschauer mit seiner rassistischen Hetze zulabern. **Andreas Sennlaub** bejammert trotzdem in der ***Berlin-Brandenburger Zeitung*** (herausgegeben von den „Nationalen“), daß die Politiker die Nachwuchsnazis so wenig beachtet haben.

Anti-Antifa-Aufmarsch

WGA, JW 11.11.95 - Das Polizeipräsidium Frankfurt/Oder hat eine für den 11. November '95 geplante Nazi-Demonstration unter dem Motto „Gegen staatliche Repression und Postzensur

ANTIFA-DEMO IN RATHENOW

SAMSTAG 9. DEZEMBER '95 14 UHR

AM BAHNHOF

gegen das Nationale Pressearchiv (NPA)" verboten. Grund war die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, da mit 250 Nazis gerechnet wurde. Anmelder der Demonstration war **Friedhelm Chaves-Ramos** aus Mainz (jetzt in Naumburg). Sehr ernstgemeint schien diese Demonstration jedoch nicht gewesen zu sein, denn es wurde keine Klage beim Verwaltungsgericht gegen das Verbot eingereicht.

Versammlung aufgelöst

JW 30.10.95 - Die Polizei hat am 28. Oktober '95 in einem Lokal in Guben eine Versammlung der „Vereinigte Rechte - ***Die Nationalen/ Deutsche Liga***" aufgelöst. Die etwa 25 Teilnehmer aus verschiedenen Gebieten seien „friedlich auseinandergegangen". Die Versammlung lief unter dem Titel *„Mein Freund ist Deutscher - Ausländerkriminalität und die Ausbeutung des deutschen Volkes durch das Ausland"* und wurde zuvor auf Antrag des Polizeipräsidenten von Cottbus verboten.

Nazitreffen

BeZe 13.11.95 - Bei einem Treffen von ca.30 rechten Jugendlichen am 11. November '95 in der Gaststätte „Bergsiedlung" im brandenburgischen Luckenwalde ist ein 37jähriger Polizist von einigen der Jugendlichen verletzt worden. Sieben Personen seien festgenommen worden, teilte die Potsdamer Polizei ein Tag darauf mit.

Überfall auf Jugendliche

MAZ, RA 26.9., 23.10.95 - Schon seit längeren macht in Rheinsberg ein rechter Schlägertrupp von sich reden, gegen welchen unterdessen schon die SoKo „Rechtsradikale Gewalt" ermittelt. Vor allem in den Sommermonaten '95 war es in Rheinsberg immer wieder zu Schlägereien, Nazi-Parolen und schweren Körperverletzungen gekommen. Jüngstes Beispiel: Am 22. Oktober '95 wurden fünf Jugendliche von 15 Neonazis auf der Brücke in der Rheinsberger Mühlenstraße überfallen. Mit Sätzen wie: *„Das Schwein blutet noch nicht"* schlug man auf die Jugendlichen zusammen, einem wurde seine Brillengläser so in die Augen geschlagen, daß er auch nach zwei Augenoperationen noch nicht genesen ist. Als er blutend Anwohner um die Möglichkeit eines Anrufes bat, antworteten diese: „Das geht uns nichts an".

Friedhof geschändet

RA 9.10.95 - In der Nacht zum 5. Oktober '95 wurde der Friedhof in Fürstenwalde von Neonazis geschändet. Der Eingang wurde mit einem halben Meter großen Hakenkreuz besprüht, ansonsten wurden Davidsterne am Galgen und diverse andere Nazisymbole geschmiert. Als Täter bezichtigte sich eine ***Kampfgruppe Rudolf Heß***.

Anklage gegen Naziclique

RA 28.10.95 - Am 27. Oktober '95 wurde gegen zehn rechtsradikale Jugendliche aus Hennigsdorf Anklage erhoben. Die Nazi-Kids im Alter zwischen 14 und 18. Jahren hatten in Velten und Hennigsdorf mindestens zehnmal VietnamesInnen überfallen und ausgeraubt. Die Ermittlungen hatten begonnen, als am 20. Oktober '95 vier Nazis einen Vietnamesen mit einer Baseballkeule angriffen, um ihm 40 Mark zu rauben. Die Jugendlichen, die sich selbst als ausländerfeindlich bezeichnen, gingen davon aus, daß die Vietnamesen keine Anzeige erstatten würden.

Nazikader verurteilt

MittenDrin 11/95 - Anfang November '95 fand vor dem Neuruppiner Landesgericht der Prozeß gegen den Neuruppiner Nazi-Skin und Kader **Volker auf der Tangen** wegen Körperverletzung und zweifacher Fahnenflucht statt, welcher ihm zwei Jahre einbrachte. Die 15 weiteren Neonazis, die die Verhandlung beobachteten, verabschiedeten ihren „Führer" mit entsprechendem Gruß.

Dolgenbrodt-Prozeß

Tsp 11.10., JW 28.10.95 - Im Prozeß gegen die mutmaßlichen Brandstifter von Dolgenbrodt (siehe WGA 4, 8-10) läuft weiterhin die Berufungsinstanz: Nachdem er in der ersten Instanz freigesprochen wurde, wurde der Neonazi **Silvio Jankowski** (22) aus Königs Wusterhausen nun erneut beschuldigt, das Flüchtlingslager im November '92 abgebrannt zu haben. Der zu wegen Mordversuch an einem Nigerianer zu acht Jahren Knast verurteilte Neonazi **Kai Müller** belastete Jankowski schwer. Müller, der bereits im nächsten Jahr als „Halbstrafe" entlassen werden soll, sagte, daß Jankowski mit dem Brandanschlag geprahlt haben soll. **Carsten Szczepanski**, der wie Müller wegen der gleichen Tat zu acht Jahren Knast verurteilt wurde, bestätigte diese Aussage. Dagegen behauptet Jankowski weiterhin, daß seine Kameraden **Renato Parschke**, **Marco Schmidt** und **Erik Otto** die Brandstifter seien und auch die 2.000 DM eingesteckt hätten, die im Ort für den Anschlag gesammelt wurden. Gegen diese drei wurde auch schon wegen scharfer Schüsse auf einen Hausbesetzer ermittelt, jedoch ist bis heute kein Prozeß in Sicht. Währenddessen sagte eine Sachverständige am 10. Oktober '95 aus, daß Textilfasern, die an der Brandruine in Dolgenbrodt gefunden wurden, von einer Tarnhose Jankowskis stamme. Neuerdings gibt es auch eine weitere Spur auf die Financiers der Aktion: Die damalige Dolgenbrodter Bürgermeisterin **Ute Preißler** (Kommentar zum Anschlag: *„Keiner hier war traurig über diese Lösung"*) sowie der jetzige Amtsinhaber **Kurt Pfannenschwanz** verfügen über enge Geschäftsbedingungen zum Berliner Immobilienhändler **Lothar Prötschke**. Dieser hatte zusammen mit einem Partner schon 1989 eine Option auf das Gelände erworben, auf dem sich damals noch ein Kinderferienlager mit Seegrundstück befand. Seine Pläne wurden jedoch durch das Landratsamt Königs Wusterhausen durchkreuzt, das dann anordnete, das ehemalige Ferienlager für ein Flüchtlingslager zu nutzen. Ute Preißler hatte mit gezielter Stimmungsmache in der Bevölkerung bis zur Brandnacht versucht, den Einzug von Flüchtlingen zu verhindern.

Sachsenhausen-Prozeß

BM 3.11.95 - Der Beschluß des Bundesgerichtshof über die Revisionsanträge der Verurteilten im Sachsenhausen-Prozeß wird erst Mitte 1996 erwartet.

Höhere Strafen

BeZe 1.11.95 - Der Bundesgerichtshof hob am 31. Oktober '95 die Bewährungsstrafen für drei ehemalige Skinheads wegen brutaler Mißhandlung und Beihilfe zum versuchten Mord eines Nigerianers im Mai '92 in Wendisch Rietz auf. Die rassistische und gewalttätige Einstellung der Täter lege eine strengere Strafe nahe.

Bremen

Staatsrat Hoppensack

JW 1.11.95 - Der Bremer Staatsrat **Hans-Christoph Hoppensack**, der für die Verzögerung einer lebenswichtigen Operation für **Celal Akan** mitverantwortlich ist (siehe WGA #9), will nicht von seinem Amt zurücktreten. Der kurdische Asylbewerber Celal Akan ist am 22. Juni '95 gestorben, nachdem er eineinhalb Jahre auf die Kostenübernahme gewartet hatte.

Gewerkschaftler nicht abgeschoben

JW 10.11.95 - Nach zahlreichen Protestschreiben an das Bremer Verwaltungsgericht hat die Außenstelle des Bundesamtes für ausländische Flüchtlinge ihre Entscheidung, den Asylfolgeantrag des nigerianischen Gewerkschaftlers **Anthony Edeh** abzulehnen rückgängig gemacht. Edeh war Funktionär der Ölarbeitergewerkschaft und unterstützte den Kampf des Ogoni-Volkes gegen ***Shell***.

Hamburg

Rechter Vortrag

Opb 21.10.95 - Am 24. Oktober '95 sprach Dr. **Dirk Bravendamm** im Haus der „Provinzialloge Niedersachsen" (Moorweidenstr. 36) zum Thema „Hitlers oder Roosevelts Krieg?". Dazu luden die ***Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft*** und das ***Ostpreußenblatt*** ein.

Jürgen Rieger im Grundeigentümerverein

AIC 26.10.95 - Der Nazianwalt **Jürgen Rieger** ist Mitglied im ***Blankeneser Grundeigentümer Verein e.V.*** Der Verein sitzt in der Auguste-Baur-Str. 15, 22587 Hamburg. Die etwa 1000 Mitglieder werden durch den ersten Vorsitzenden, **Hermann Hoffmeister**, und einen zweiten Vorsitzenden vertreten. Der zweite Vorsitzende ist seit 1983 Jürgen Rieger. Er wurde bei der letzten Wahl am 10.11.1992 mit großer Mehrheit im Amt bestätigt. Damit ist es einem bekannten Faschisten gelungen, sich in bürgerlichen Strukturen zu etablieren. Unwissenheit über die Aktivitäten Riegers können die Vereinsmitglieder sicherlich nicht als Grund angeben, er war oft genug Gegenstand von Veröffentlichungen in der Presse.

Aktion gegen Staatsrat

Interim 16.11.95 - Anfang November '95 wurde das Haus von **Wolfgang Prill**, Staatsrat der Innenbehörde in Hamburg, mit Steinen, Farbflaschen und Buttersäure angegriffen. Als Grund für dieses Vorgehen wird im BekennerInnenschreiben daraufhingewiesen, daß Prill *„verantwortlich für die Innenpolitik Hamburgs - somit für die tausenden von Abschiebungen und die Ausgestaltung rassistischer Repression gegenüber MigrantInnen und Flüchtlingen in dieser Stadt"* (also Hamburg) ist. Am 1. Juni '95 wurde das „Handlungskonzept für die Polizei in ST. Georg" vorgestellt. Bei dieser Vorstellung äußerte sich Prill folgendermaßen: *„Begeht einer wieder eine Straftat, sind bereits alle ausländerrechtlichen Schritte abgearbeitet und am Mittag sitzt der im Flugzeug in die Türkei".* Auf der Innenministerkonferenz am 19. Mai '95 in Berlin wurde auf Antrag der Hamburger Innenbehörde eine Expertenarbeitsgruppe damit beauftragt zu überprüfen: „ob und inwieweit es möglich ist in den Fällen ungeklärter Staatsangehörigkeit durch Abschluß von Rückführungsabkommen eine Rückführung auch ohne den Nachweis oder die Glaubhaftmachung der Staatsangehörigkeit (...) zu ermöglichen".

Demo gegen Glasmoor

JW 13.11.95 - Über 700 Menschen demonstrierten am 11. November '95 gegen den Abschiebeknast in Glasmoor. Von dort sind nach einem Hungerstreik mehrere Häftlinge abgeschoben worden.

Polizisten entlastet

Taz 31.10, JW 3.11.95 - Nach Angaben der Staatsanwaltschaft haben sich die Vorwürfe gegen die Beamten der Wache hinter dem Hauptbahnhof wegen Ausländerfeindlichkeit nicht bestätigt. Es sei aber nicht auszuschließen, daß in Einzelfällen durchaus auch ausländerfeindliche Einstellung das Handeln mitbestimmt haben könnte. Es wurde schon früher mitgeteilt, daß gegen fünf Beamte Anklage wegen Körperverletzung im Dienst und gegen drei wegen Freiheitsberaubung und Nötigung beziehungsweise wegen Strafvereitelung Anklage erhoben worden war. Im September '94 wurden 26 Beamte suspendiert, die in Verdacht standen Ausländer mißhandelt und beleidigt zu haben.

Hessen

Flüchtlingsheim angegriffen

SZ 11.10.95 - Die Polizei hat am 10. Oktober '95 nach kurzer Verfolgungsjagd vier Männer im Alter von 18 bis 27 Jahren festgenommen, die zuvor die Scheiben eines Asylbewerberheims in Eschenburg-Simmersbach eingeworfen hatten. Nach Polizeiangaben haben die Männer auch ausländerfeindliche Parolen gerufen. Ein Heimbewohner will zwei Schüsse gehört haben.

Anklage gegen Flughafenarzt

Taz 4./5.11.95 - Der Tod des Nigerianers **Kola Bankole** bei seiner gewaltsamen Abschiebung auf dem Frankfurter Flughafen wird ein gerichtliches Nachspiel haben. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main berichtete, gegen den Flughafenarzt sei wegen unterlassener Hilfeleistung Anklage erhoben worden.Der Arzt hatte Kola Bankole im August 1994 eine Beruhigungsspritze gegeben, weil er sich trotz Fesseln und Knebelung heftig gegen die Abschiebung wehrte.Kurz darauf stellte der Arzt fest, daß Bankoles Puls aussetzte. Laut Anklage unterließ er aber Wiederbelebungsversuche und wartete auf die Sanitäter, die erst nach dreieinhalb Minuten eintrafen. In dieser Zeit wären Wiederbelebungsversuche erfolgversprechend gewesen. Ein Verfahren gegen die an der Abschiebung beteiligten ***BGS***-Beamten wegen fahrlässiger Tötung wurde von der Staatsanwaltschaft mit der Begründung eingestellt, es sei nicht bekannt gewesen, daß Bankole als Herzkranker schonungsbedürftig war. Gegen diese Entscheidung legte der Flüchtlingsanwalt **Michael Junker** im Auftrag der Angehörigen Beschwerde ein.

Asylantäge abgelehnt

JW 24.10.95 - Am Montag, den 23. Oktober'95 demonstrierten etwa 200 Menschen aus Bangladesh gegen die Ablehnung ihrer Asylanträge und die drohende Abschiebung. Der Schweigemarsch führte durch die Kasseler Innenstadt und endete vor dem Verwaltungsgericht. Anlaß für den Protest ist die drohende Massenabschiebung von mindestens 90 Bangladesher in den nächsten Monaten. Das Verwaltungsgericht Kassel hatte deren Widersprüche gegen die Ablehnung ihrer Asylanträge in Anhörungen abgelehnt.In Bangladesh ist gerade in den letzten Monaten die Lage angespannt. Vor den Wahlen im Frühjahr wird sich die Situation weiter verschärfen. Prominentester Flüchtling aus Bangladesh ist die Schriftstellerin **Talisma Nasrin**, die wegen Morddrohungen fundamentalistischer Gruppen Bangladesh verlassen mußte und in Schweden Zuflucht fand. Ihr hatte damals auch die deutsche Regierung Asyl angeboten.

Asylsuchende Kinder

Tsp 5.10.95 - Kritik von Flüchtlingsbetreuern und ***Grüne/Bündnis 90*** an Unterbringung und Behandlung minderjähriger Asylsuchender auf dem Frankfurter Flughafen hat das Grenzschutzpräsidium zurückgewiesen. Zum Fall eines zweijährigen Jungen aus Afghanistan, der Anfang Februar '95 in Begleitung von Onkel und Tante in Frankfurt gelandet war und erst zwei Tage später zu seiner Mutter einreisen durfte, erklärte der ***BGS***: „Es wurden die rechtlich notwendigen Maßnahmen im Flughafenverfahren durchgeführt." Dazu seien unter anderem die Tante befragt und ein vorläufiger Pfleger beim Amtsgericht bestellt worden. Eine Dokumentation des Flughafen-Sozialdienstes zur BGS-Behanlung von Minderjährigen berichtete vom Versuch einer Befragung des Zweijährigen.

"Religionsgemeinschaft" der Deutschen Unitarier

JW 19.10.95 - Am 22. Oktober '95 zelebrierte die ***Deutsche*** Unitarier ***Religionsgemeinschaft (DUR)*** in Frankfurt/Main eine Festveranstaltung zu ihrem 150jährigen Bestehen. Die „Deutschen Unitarier" stehen immer wieder in der Kritik von Antifa-Gruppen, denen durch mehrere Gerichtsbeschlüsse mittlerweile erlaubt wurde, die Unitarier als „völkisch-rassistisch" und als „nazistische Sekte" zu bezeichnen. Ihre Ursprünge haben die „Unitarier" in der Deutschen Glaubensbewegung, in der sich 1933 freireligiöse und völkische Religionsgruppen zusammenfanden, um unter Führung von **Jakob Wilhelm Hauer** im Nationalsozialismus als religiöses und ideologisches Fundament zu wirken. Das Symbol dieses Zusammenschlusses war ein abgerundetes Hakenkreuz. Mit der Ablehnung des Christentums mit seinen Wurzeln im Judentum, das als dem Europa „wesensfremd" bezeichnet wurde und der Ideologie eines Neuheidentums als „ureuropäische Wesensordnung" paßte sich die Deutsche Glaubensgemeinschaft perfekt in das NS-System ein. Nach 1945 fanden sich in der Sekte führende Nazis zusammen, um im Schutz der Religionsfreiheit wieder im Sinne des Nationalsozialismus zu wirken und sich neu zu formieren. So waren **Herbert Böhme** (Reichspropagandaleiter der ***NSDAP***), **Eberhard Achtenberg** (Chefredakteur der „Nationalsozialistischen Monatshefte") und **Dietrich Klagges**

(zu 45 Jahren wegen NS-Verbrechen verurteilt) nach '45 Mitglied in der DUR. Auch heute bestehen noch enge Verbindungen zu neonazistischen Gruppen. So arbeitet die Ehrenvorsitzende und Chefideologin **Sigrid Hunke** im neurechten Ideologiezentrum ***Thule-Seminar*** mit und unterhielt enge Kontakte zu den verbotenen Naziparteien ***Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)*** und ***Nationalistische Front (NF)***. Zahlreiche führende Rechtsextremisten sind Mitglied der Sekte. Die „Deutschen Unitarier" versuchen sich trotz dieser Querverbindungen ein bürgerlich-seriöses Erscheinungsbild zu geben und stellen ihre Geschichte verfälscht dar. So leugnen sie die historische Verwicklung in das NS-System und auch die Querverbindungen zum Rechtsextremismus. Die DUR hat nach eigenen Angaben derzeit 1.000 Mitglieder in Frankfurt/Main und weitere 800 im Umland.

Mecklenburg-Vorpommern

Nazi angeklagt

JW 11.11.95 - Die Staatsanwaltschaft Schwerin hat gegen den 1994 in die USA ausgewanderten **Hans Schmidt** Anklage wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener Anklage erhoben. Er wird beschuldigt, zwischen Dezember '93 und April '95 verschiedene Schriften mit antisemitischem Inhalt versandt zu haben.

Niedersachsen

Störung rechter Tagung

JF 3.11.95 - Während der Tagung der rechtsgerichteten ***Evangelischen Notgemeinschaft*** in Bad Pyrmont kam es zu Störungen durch linke Gruppen. Drei Mitglieder der Notgemeinschaft wurden angegriffen, als sie die Veranstaltung betreten wollten. An einer Demo beteiligten sich etwa 40 Personen, aufgerufen hatten unter anderem die ***PDS*** Hameln und ***Bündnis 90/Die Grünen***. Sie warfen der Notgemeinschaft vor, ein Sammelbecken für rassistische und nationalistische Christen zu sein. Der Berliner Politologe **Klaus Motschmann**, Vorstandsmitglied, wurde als Bindeglied zwischen rechtskonservativen Kirchenkreisen und der Neuen Rechten bezeichnet.

Nazi-Skin-Treffen

JW, BeZe 23.10., JF 27.20.95 - In der Nacht zum 22. Oktober '95 sollte in Adelsen ein Konzert mit den Nazibands ***Freikorps***, ***Volkszorn*** und ***Endstufe*** stattfinden. Das von dem ehemaligen Landesvorsitzenden der ***FAP*** Niedersachsen, **Thorsten Heise**, organisierte Konzert wurde aber vom Landkreis Göttingen verboten und die für das Konzert geplante Gaststätte von der Polizei besetzt. Die 800 angereisten Nazi-Skins fuhren daraufhin zu dem Privatgrundstück von Heise und entzündeten in der Nacht ein großes Feuer. Die daraufhin anrückende Polizei und Feuerwehr wurde mit Steinen und Flaschen beworfen. 65 Personen wurden festgenommen, 86 Ermittlungsverfahren wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung wurden eingeleitet. Auf dem Gelände wurden Waffen und Propagandamaterial sichergestellt. Thorsten Heise organisierte in den letzten sechs Wochen insgesamt drei Konzerte, dieses war als erstes verboten worden.

Rechte Zeitung in Burgdorf und Lehrte

AI #32 - Seit September '95 erscheint in Burgdorf und Lehrte eine rechtskonservative Zeitung. Diese wird kostenlos öffentlich ausgelegt. Im August '94 zerrissen Unbekannte diese Zeitungen und forderten zum Boykott auf. Der Redakteur **Paul Rhode** erstattete Anzeige und setzte ein Belohnungsgeld für die Auffindung der Täter aus. Vom Staatsschutz wurden mehrere Antifaschisten vorgeladen. Rhode suchte zur Unterstützung seiner Kampagne die CDU und FDP auf, zu denen er gute Kontakte hat. Inzwischen bildeten sich Gruppen, die gegen diese Zeitung etwas unternehmen wollen. Darin vertreten sind auch Teile der SPD und Kirchengemeinden.

Nazi-Katalog

WGA - Ein in Lingen aufgetauchter rechtsradikaler Versand hat Dutzende CDs von Nazi-Bands wie ***Endstufe***, ***Freikorps*** und ***Skrewdriver*** im Angebot sowie Sampler mit dem Nazi-Barden Frank Rennicke. Die Bestelladresse ist: **Jens Hessler**, Postfach 1265, 49782 Lingen. Die Telefonnummer ist: 0591/53053.

Antifaschistischer Spaziergang

AN 21/95 - Am 1.Oktober '95 fand in Hetendorf der zweite antifaschistische Sonntagsspaziergang gegen das dortige faschistische Zentrum (siehe WGA #8) statt. Die Polizei verhinderte, daß die 350 Antifas wie letztes Mal um das Nazizentrum herumliefen. Nach dem Spaziergang fuhren etwa 200 Antifas nach Meißendorf, um gegen die Wehrsportgruppe ***Freundeskreis Kirsch/Knoop*** und den Republikaner **Wilhelm Köhler** sowie den Nazi **Björn Wiebke** zu demonstrieren. Es kam anschließend zu einem Schlagstockeinsatz der Polizei.

Versammlung der JLO

JF 3.1.95 - Bei der Bundesversammlung der ***Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO)*** vom 20.-22. Oktober '95 in Bad Pyrmont, wurde sich auf „Grundsatztreue" eingeschworen. Die JLO werde sich weiterhin für das Deutschtum in „der Heimat" einsetzen, Fahrten ins nördliche und südliche Ostpreußen vornehmen und das eigene politische Bekenntnis mutig vertreten. Der Jugendverband der Vertriebenen wurde vor vier Jahren gegründet und gibt mittlerweile die Zeitung ***Fritz*** heraus. Er ist mit 1.000 Mitgliedern der größte Vertriebenen-Jugendverband.

Rumäne abgeschoben

JW 29.10.95 - Der rumänische Asylbewerber **Nelu Vlaicu** wurde abgeschoben. **Hans-Dieter Fitschen**, der Kreisdirektor in Rotenburg sagte, er sei „froh über die Abschiebung des Schwerverbrechers". Dem Recht sei „zu seiner Geltung verholfen" worden. Der 24jährige war vor einigen Jahren illegal in die BRD eingereist. Am Tag der geplanten Eheschließung mit der Deutschen **Christine Adami** war er wegen des Vorwurfs, mehrere Diebstähle begangen zu haben, verhaftet worden (siehe WGA #10). Obwohl das Gericht noch nicht über den Fall entschieden hat und seine Verlobte sowie seine zukünftigen Schwiegereltern die Vorwürfe bestreiten, wurde er aus der Justizvollzugsanstalt Hannover abgeschoben. Nelus Anwalt sagte, er werde nach der Trauung in Rumänien einen Antrag auf Familienzusammenführung und Wiedereinreise in die BRD stellen.

Rechte bei den Unabhängigen Ökologen

AN 22/95 - Für die Bundesversammlung der ***Unabhängigen Ökologen Deutschlands (UÖD)*** am 11. und 12. November '95 wurde u.a. der rechte Ideologe **Henning Eichberg** und Prof. **Konrad Buchwald**, der stellvertretender Vorsitzender des ***Kulturwerkes für Südtirol*** und Mitglied des Verwaltungsrates des ***Verein für das Deutschtum im Ausland*** war, eingeladen.

Republikaner gründen Wählergemeinschaft

bnr 20/95 - Der stellvertretende Bundesvorsitzende der ***Republikaner***, **Norbert Margraf**, hat im Kreis Nienburg eine ***Wählergemeinschaft der Steuerzahler (W.d.S.)*** gegründet. Schon vor zwei Jahren hatte Margraf eine ***Aktionsgemeinschaft der arbeitenden steuerzahlenden Bürger (A.d.B.)*** ins Leben gerufen.

Asylbewerber versuchte Selbstmord

JW 19.10.95 - Am 18. Oktober '95 kletterte in Friedland der 18jährige Russe **Sergej Androussenko** auf das Dach der Gaststätte

„Michel" und drohte herunterzuspringen. Er war im Mai '95 nach Deutschland geflohen, um der Einberufung zur Armee und damit dem möglichen Einsatz in Tschetschenien zu entgehen. Doch sein Antrag auf Asyl wurde zuerst vom Bundesamt für die Anerkennung von Flüchtlingen und dann vom Verwaltungsgericht Göttingen abgelehnt. Nach mehreren Versuchen gelang es, Androussenko zum herunterkommen zu bewegen. Inzwischen hatten sich die verschiedenen Instanzen miteinander in Verbindung gesetzt und ein Anwalt war eingeschaltet worden. Ein Sprecher des niedersächsischen ***Flüchtlingsrates*** sagte, die Abschiebung könnte verhindert werden, wenn der Asylbewerber nachweisen könne, daß ihm in Rußland „Gefahren für Leib und Leben drohen". Da das russische Militärgesetz für Deserteure die Todesstrafe vorsieht, wird ihm das hoffentlich gelingen. Die Göttinger ***SPD*** brachte in den vergangenen Wochen Anträge ein, wonach alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden sollen, um Kriegsdienstverweigerer und Deserteure vor Abschiebungen zu bewahren. In Göttingen wurde diese Forderung am Anti-Kriegs-Tag, dem 1. September '95, sogar von einer Ratsmehrheit offiziell beschlossen.

Netzwerk gegründet

Taz 6.11.95 - In Verden haben Vertreter von Kirchengemeinden und Flüchtlingsinitiativen das niedersächsische Netzwerk ***Asyl in der Kirche*** gegründet. Es soll Gemeinden in rechtlichen und politischen Fragen des Kirchenasyls beraten und als „Mittler" zwischen Kirchen und politischen Gruppen beraten.

Nordrhein-Westfalen

Schwarzer umgebracht

Taz 31.10.95 - Vor einer Diskothek in der Innenstadt von Emmerich ist am Morgen des 30. Oktober '95 ein junger Schwarzer auf offener Straße umgebracht worden. Die Leiche des Mannes wurde von einem Zeitungsträger gefunden. Laut Polizeibericht ist der noch nicht identifizierte Tote hinterrücks erstochen worden. Ermittlungen ergaben, daß kurz vor dem Fund des Mordopfers eine Auseinandersetzung zwischen mehreren Personen stattgefunden hatte. Jetzt sucht die Polizei Zeugen.

Polizeiüberfall in Bonn

JW 1.11.95 - Das ***Antirassistische Telefon Bonn*** warf auf einer Pressekonferenz der Polizei gravierende Übergriffe und schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen während einer Großrazzia in der Bonner Innenstadt vor. Diese wurde in der Nacht vom 22. zum 23. Oktober '95 auf Anforderung des Ausländeramtes in der Disko Ysabeau auf der Suche nach Illegalen durchgeführt. Nach AugenzeugInnenberichten fiel die Polizei überfallartig mit uniformierten und zivilen Beamten in das Lokal ein, wo gerade eine überwiegend von Frauen besuchte Party stattfand. Menschen, die sich nicht ausweisen konnten, mußten sich einer Leibesvisitation unterziehen. Unter den Beamten waren nach ZeugInnenberichten nur eine Frau und eine Beamtin des Ausländeramtes. Eine Ecuadorianerin berichtete vor der Presse, sie habe gesehen, wie die Polizistin eine Besucherin zunächst abtastete, zwischen den Beinen dann offenkundig einen Gegenstand aufgespürt habe, ihr den Gürtel aus der Hose gezogen, diese bis zu den Knien heruntergezogen und mit den Worten „Was haben wir denn hier" unter augenscheinlicher Belustigung der umstehenden Männer eine Damenbinde hervorgeholt habe. Nach ihrem und anderen Berichten sagten Beamte: „Toll, wir haben Striptease". Teilweise seien Frauen von männlichen Beamten an Hintern und Brüste gefaßt sowie zwischen den Beinen nach Gegenständen durchsucht worden. 29 Personen wurden wegen fehlender Papiere festgenommen und in Handschellen abtransportiert, vier wurden noch in der Nacht wieder freigelassen. Die anderen 25 mußten auf dem Polizeipräsidium wieder rassistische und sexistische Schikane über sich ergehen lassen. Eine Zeugin berichtete, sie sei nach einer Vernehmung durch einen Richter mit einem Mann aneinandergekettet und mit zwei weiteren Frauen in eine Zelle gesperrt worden. Sie mußte mit dem angeketteten Mann an der Hand zur Toilette zu gehen. Nach Angaben des Antirassistischen Telefons sitzen noch zwölf der Verhafteten in den Abschiebeknästen Büren und Neuss. Der Sprecher der Bonner Polizei sagte, er sei „erschüttert (...) Wenn das auch nur annähernd stimmt, handelt es sich um Übergriffe, wie sie nur aus diktatorischen Regimen in Südamerika bekannt sind." Er will eine polizeiliche und möglicherweise strafrechtliche Untersuchung gegen die beteiligten Beamten einleiten. VertreterInnen des Bonner Notrufs erklärten, ganz klar läge die Straftat der sexuelle Nötigung vor.

JN-Landeskongreß

NIT 17.10.95 - Am Samstag, dem 14. Oktober '95 fand in Dortmund der Landeskongreß des Landesverbandes NRW der ***Jungen Nationaldemokraten (JN)*** statt. Unter anderem sprachen der Bundesvorsitzende **Holger Apfel** und der neue Landesvorsitzende **Achim Ilgner**. An dem Treffen nahmen nach ***NIT***-Angaben ca. 70 Nazis teil. Die Veranstaltung konnte leider ohne Störungen über die Bühne gehen.

Propagandalager ausgeräumt

AI, Taz, JW, Interim 22.10.95 - Ein **Kommando Conny Weßmann** „besuchte" am 22. Oktober '95 „eines der größten faschistischen Propaganda- und Verteillager" in Langenfeld und fand über 5.000 Seiten interessante Papiere: *„In den Akten befinden sich Belege über finanzielle Transaktionen, Spenden, faschistische Vertriebsnetze und Strukturen"*, in denen u.a. die Namen RA **Jürgen Rieger**, **Felicitas Deubel**, **Günther Kissel** oder **Thies Christophersen** zu finden sind. Über den Besuch im ***Lebenskunde-Verlag*** wurde die Polizei per anonymen Fax informiert. Am Tatort fanden Polizeibeamte u.a. Publikationen, in denen der Holocaust geleugnet wird, was den Verlagsinhabern - laut Antifas sind das **Torsten Lemmer** und **Kurt Winter** - gleich noch ein Verfahren wegen Verdachts auf Volksverhetzung einbrachte. Das „Kommando Conny Weßmann" kündigte an, die Listen *„zu gegebenem Zeitpunkt (...) der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Wären die Akten dem Staatsschutz in die Hände gekommen, wären sie wie so oft der Öffentlichkeit vorenthalten worden."* Leider konnte die Polizei wenige Tage nach der Aktion einen Teil der Sachen bei einer Hausdurchsuchung wieder sicherstellen. Ein Mann wurde festgenommen.

Polizei gegen Antifa-Straßentheater

AA REM - Am 9. November '95 ist in Rheinbach ein Straßentheaterstück der ***Autonomen Antifa REM*** erfolgreich durch Polizeikräfte verhindert worden. Anfangs erklärte die Polizei, daß zwei Personen, die sich als Neonazis verkleidet hatten, eine Bedrohung für die in der Nähe stattfindende Mahnwache (die die Antifas mitorganisiert hatten) seien. Als sich nach einiger Zeit ein Kompromiß zwischen Polizei und Antifas anbahnte, stieß ein offensichtlich höhergestellter Polizeibeamter dazu und untersagte die Aufführung erneut. Er verkündete, daß er bereit sei, dieses Verbot mit Gewalt durchzusetzen. Daraufhin beschlossen die Antifas, die Situation nicht eskalieren zu lassen und sagten das Stück ab. Das Theaterstück sollte im Rahmen des „Internationalen Aktionstages gegen Faschismus und Antisemitismus" und einer Gedenkveranstaltung des „Runden Tisches" in Rheinbach stattfinden. *„Viele Menschen belassen es dabei, zu gedenken und schauen weg und schweigen, wenn tagtäglich Flüchtlinge abgeschoben werden in Hunger, Folter und Tod oder an den Grenzen der Festung Europa ums Leben kommen"* heißt es unter anderem zum Theaterstück. Mit dieser Aufführung sollte genau dieses Verhalten überspitzt dargestellt werden. Die „Autonome Antifa REM" behält sich weiterhin vor, das Theaterstück zu einem anderen Zeitpunkt anderweitig aufzuführen.

Jüdischer Friedhof geschändet

JW 12.10.95 - Unbekannte Täter haben den jüdischen Friedhof in Mondorf am Rhein nördlich von Bonn geschändet. Es seien zehn Grabsteine umgestürzt worden, erklärte die Polizei am 11. Oktober '95. Antisemitische Parolen seien nicht festgestellt worden. Fahndungsrelevante Hinweise auf die Täter lägen noch nicht vor. Der Staatsschutz des Polizeipräsidiums sei in die Überprüfung einbezogen. Ein Ermittlungsverfahren wurde eingeleitet.

Schreiben des CKDF

bnr 19/95 - **Christian Otte**, nordrhein-westfälischer Landesgeschäftsführer des ***„Christlich-Konservativen Deutschland-Forums" (CKDF)***, beklagte sich in einem Schreiben an einen Funktionär der ***Republikaner*** über die „linke Vorherrschaft in der ***CDU***". Er hoffe, so das Nachrichtenmagazin Focus, daß es den REPs gelinge, „wieder zu einer für Deutschland dringend gebrauchten rechtskonservativen politischen Kraft zu werden." Über die Aktivitäten Ottes hatte auch die ***Junge Freiheit (JF)*** mehrfach berichtet, unter anderem im Januar `95. Demnach hat Otte in einem Brief an CDU-Generalsekretär **Peter Hintze** das neue CDU-Vorstandsmitglied **Michel Friedman** kritisiert, woraufhin ihm der Generalsekretär Antisemitismus bescheinigte. Das am 5. Dezember '92 in Bonn gegründete CKDF wächst nach eigenen Angaben „trotz heftiger Widerstände aus der Union" weiter. So soll es mittlerweile sieben Landesverbände mit etwa 1.500 Mitgliedern geben. Das rechtskonservative Selbstverständnis des CKDF stellte der Sprecher des CKDF-Landesforums Hessen, **Wolfgang Bodenstedt**, im Juli `95 in der JF vor: *„Wir sind die letzten Mahner im Bereich der Diskussion um den Paragraphen 218, sprechen uns konsequent gegen eine Frauenquote aus, fordern den Schutz der Opfer und nicht der Verbrecher mit allen Konsequenzen, die für eine erfolgreiche Verbrechensbekämpfung notwendig sind und sprechen uns gegen einen Mißbrauch von Sozialleistungen aus"*.

Parteitag der "Deutschen Volksunion"

DNZ 6.10.95 - Ende September '95 fand in Nordrhein-Westfalen ein ***DVU***-Landesparteitag statt, bei dem der Bundesvorsitzender **Gerhard Frey** über die „Lage des Vaterlandes" sprach. Danach hielt die Vorsitzende der DVU im schleswig-holsteinischen Landtag, die Abgeordnete **Renate Köhler**, eine Rede. Darin forderte sie die Anwesenden auf, „mit vereinten Kräften auf einen Erfolg bei den Landtagswahlen des 24. März '96 hinzuwirken".

Rheinland-Pfalz

Veränderte rechte Täterstruktur

JW 19.10.95 - Eine veränderte Täterstruktur bei rechtsextremen und fremdenfeindlichen Straftaten haben die rheinland-pfälzischen Behörden beobachtet. Danach handelt es sich bei den Tätern zunehmend um Erwachsene mit rechtsextremer Grundeinstellung, wie Justizminister **Peter Caesar** am 17. Oktober '95 in Mainz mitteilte. 1994 wurden in Rheinland-Pfalz 501 entsprechende Ermittlungsverfahren eingeleitet, im 1.Halbjahr '95 bereits 278.

Bewährung für Nazi

Taz 8.11.95 - Wegen Telefonterrors und Volksverhetzung ist **Friedfhelm Chaves-Ramos** vom Mainzer Landgericht zu einem Jahr Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt worden. Der Angeklagte betrieb das ***Nationale Infotelefon*** zur Verbereitung rechtsradikaler Aktionen und hatte die Familie des Mainzer Ordnungsdezernenten anonym bedroht, weil dieser eine Nazi-Sonnenwendfeier verboten hatte.

Nazischmierereien

Antifa Niederkassel 20.10.95 - Erneut wurden in Troisdorf-Bergheim einige Bushaltestellen mit Nazisprüchen wie „Antifa verrecke" beschmiert. Bereits im März '95 wurden einige Hauswände der Umgebung mit Parolen besprüht, die sich gegen das kurz zuvor verhängte Verbot der ***FAP*** richteten. Die Täter stammen wohl aus den Reihen der FAP aus dem benachbarten Niederkassel. Zu ihnen gehören **Jan Lippert** und **Mark Ludwig**, die beide Mitglieder der FAP waren, Lippert gehörte sogar dem Jugendvorstand der FAP Rhein-Sieg an. Auch noch nach dem Verbot treten sie offensiv für die FAP auf und verbreiten deren faschistische Hetze. Ein weiteres Mitglied ist der 34jährige **Vaclav Zach** aus Niederkassel-Ranzel. Er ist mehrmals vorbestraft, hat enge Kontakte zur Bonner ***NPD*** und ist ein persönlicher Freund von **Hans-Peter Krieger** (WGA #8). Am 17. September '95 nahm er an einer Kundgebung der NPD in Bonn-Bad Godesberg teil.

DVU-Stammtisch

WGA, DNZ 3.11.95 - Jeden letzten Samstag im Monat findet am 16 Uhr ein Stammtisch des ***DVU***-Kreisverbands Mainz statt. Interessenten können sich um 15 Uhr am Taxistand von Bahnhof Mainz treffen. Von dort fahren die Rechtsextremisten zu ihrer Stammkneipe, die 15 Kilometer von der Stadt entfernt liegt. Weitere Infos gibt es über die DVU-Infotelefone 06136-85576 und 06131-680166.

Saarland

Rassistische FDP-Attacke

AN 21/95 - Heftige rassistische Attacken gegen Flüchtlinge ließ der Vorsitzende der saarländischen ***FDP***, **Walter Teusch,** auf dem FDP-Landesparteitag in Eppelborn los. Er forderte, dem „Mißbrauch" des Asylrechts durch *„Scheinasylanten und Betrüger"* ein Ende zu bereiten. Viele Menschen kämen nur hierher, *„um sich durch Rauschgiftgeschäfte, Betrügereien, Raub und Diebstahl an den Menschen zu bereichern"*. Für diese Menschen sei aber kein Platz in Deutschland. Das Saarland dürfe nicht *„zum Schmelztiegel der Weltnationen"* werden, sagte der FDP-Landeschef. Während die Mehrheit der hundert FDP-Abgeordneten applaudierten, lehnten lediglich die ***Jungen Liberalen*** die Rede als *„Haider-Parolen"* ab. Deren Landesvorsitzender **Baumann** verlangte, gegen Steuerkriminalität vorzugehen, statt *„auf Ausländern und sozial Schwachen rumzuhacken"*.

Ab 20.11.95 in Buch- und Infoladen oder zu bestellen für 5.- DM + 2.- DM Porto. Ein Abo über 5 Ausgaben kostet 30.- DM.

Antifaschistisches INFO 32 BLATT

aus dem Inhalt:
- Innere Sicherheit: "Big Brother is watching you"
- BRD rüstet Kroatien hoch
- Graue Wölfe
- Schönborn-Prozeß
- Veganer auf dem rechten Weg?
- Österreich: Prozeß, Wahlen & Bomben
- u.v.a.m.

Das Antifaschistische Infoblatt gibt es seit '87. Es erscheint alle 2-3 Monate bundesweit mit ca. 50 Seiten und ist Arbeitsgrundlage für antifaschistische Aktivitäten von Einzelpersonen und Gruppen. Es ist eine nichtkommerzielle Zeitung, die von aktiven AntifaschistInnen im Eigenverlag herausgegeben wird.

Antifa Infoblatt c/o L.Meyer Gneisenaustr.2a 10961 Berlin

Sachsen

Neues aus Wurzen

Frente #7 - Am 1. August '95 hatte der Jugendclub, die ***Baracke***, wieder eröffnet. Dieser Club war Treffpunkt zahlreicher Wurzener Jung-Nazis. Die „Baracke" sollte aber wegen einer notwendig gewordenen Umbaumaßnahme bald wieder geschlossen werden. Diesen Planungen kam offiziell ein Kurzschluß in einer Verteilerdose zuvor: Die Baracke brannte am 11. September '95 früh aus. Danach konnten sich Wurzener Jung-Nazis in den Medien tagelang ausheulen. Daß einer dieser Jung-Nazis mit Vornamen **Lutz**, an dem brutalen Überfall auf portugiesischen Bauerbeiter (siehe WGA #7) beteiligt war, stört niemanden. Ein weiterer Jung-Nazi, **Matthias**, bejammert in den Medien, daß er von zwei Leuten, die er für Linke hält, geschlagen wurde und verkündet daraufhin öffentlich: *„Die Linken fangen immer wieder an"*. Den Wurzener Jung-Nazis gefällt die Opferrolle und auch die Lokalmedien verschweigen die Vorfälle, wo Neonazis Leute (u.a. vor ihren Wohnungen) bedrohen und zusammenschlagen. Bei einer solchen Aktion brach sich am 30. August '95 der stadtbekannte Nazi-Schläger **Markus Müller** beide Hände. Aber auch drei andere Jung-Nazis brachten sich ins Krankenhaus. Sie wollten mit einem gestohlenem Auto nach Gerichshain fahren, um Punks zu verprügeln. Als sich ein minderjähriger Fahrer „aus Gaudi" ans Steuer setzte, endete die Fahrt am Lichtmast. An der Fahrt beteiligt war Herr **Kreisel** (zeigt sich im Fernsehen gern mit Hitlergruß) und **Patrick Findeisen**. Dieser stand mit den Herren **Eckart**, **Matzeit**, **Konrad** und **Hettwer** wegen dem Überfall auf die Portugiesen vor Gericht (siehe WGA #8). In der Nacht zum 27. August '95 versauten einige Rechtsextremisten die Wurzener Innenstadt mit Rudolf-Heß-Plakaten, diese hielten aber nur wenige Stunden.

Antifa•Plenum

Jeden Donnerstag findet in Leipzig ein offenes Antifa-Plenum statt. Wer Interesse hat sollte sich um 20 Uhr im Conne Island einfinden.

Rechter will Juso-Vorsitz

Frente #7 - **Sascha Jung** will ***Juso***-Vorsitzender von Leipzig werden. Jung ist Vorsitzender des völkisch-rassistischen ***Hofgeismar Kreises*** der Jungsozialisten Leipzig. Der ***SPD*** scheinen Jungs Bezüge zum Rechtsradikalismus genauso egal zu sein, wie die Bezüge des Hofgeismar Kreises zu österreichischen Briefbomben-Szene.

Friedhof geschändet

JW 15.11.95 - Am 12. November '95 wurde in Plauen ein sowjetischer Friedhof vermutlich von Rechtsradikalen geschändet.

Nazi-Bands aufgelöst

Frente #7 - Wie nun endgültig bestätigt wurde, haben sich die beiden Leipziger Naziskins-Bands ***Toitonen*** und ***Oistar Proper*** aufgelöst. Es gibt jedoch Informationen, daß einzelne Bandmitglieder wieder an neuen Projekten arbeiten. Der Schlagzeuger von „Oistar Proper", **Danny Joschko**, hat sich mittlerweile lange Haare wachsen lassen und seine Skinhead-Outfit abgelegt. Daß er seine faschistische Ideologie auch abgelegt hat, ist dabei eher unglaubwürdig.

Sachsen-Anhalt

Naumburger Anti-Antifa

bnr 23/95 - Ein „Rundbrief gegen Rechts" der ***Grünen/Bündnis 90*** war für die Anti-Antifa-Gruppe um **Ilias Casteas** Grund genug, auf die Aktivitäten **Michael Henke** (Die Grünen/B.90) hinzuweisen. Das ***Nationale Infotelefon Hamburg*** berichtete, daß die ***Anti-Antifa-Infogruppe Naumburg*** die Tätigkeiten Henkes, nationale Zusammenschlüsse aufzuklären, und diese Informationen an linksextremistische Gruppen weiterzugeben, entdeckt hat.

Antifa-Demo

Taz 6.11.95 - Am 4. November '95 demonstrierten in Quedlinburg etwa 1.000 Menschen gegen die Nazi-Strukturen in der Stadt. Schon am Vormittag gab es einen Schweigemarsch für Toleranz, Demokratie und Weltoffenheit, an dem sich etwa 150 EinwohnerInnen beteiligten. Die Demonstration verlief friedlich. Die Städte Halberstadt, Wernigerode und Quedlinburg sind seit Jahren Schwerpunktregion der Faschisten. Der Führungskader der ***Sozialrevolutionären Arbeiterfront (SrA)***, **Steffen Hupka**, zog Ende '93 nach Quedlinburg, um dort Nazis zu rekrutieren und zu schulen (siehe WGA #10). Während der Demonstration wurden unter anderem an seinem Haus Antifa-Parolen angebracht.

Asylbewerber überfallen

JW, Taz 1.11.95 - Etwa 20 jugendliche Rassisten haben in der Nacht zum 31. Oktober '95 ein Asylbewerberheim in Blankenburg überfallen. Gegen Mitternacht waren sie mit Autos vorgefahren und in den Hof des Heimes eingedrungen. Sie zertrümmerten 26 Scheiben, bewaffneten sich mit Zaunlatten und versuchten das Haus zu stürmen. Die bosnischen Kriegsflüchtlinge, die in dem Heim wohnen, hinderten sie daran und verbarrikadierten die Türen.

Sowjetischer Friedhof geschändet

Taz 13.11., JW 15.11.95 - In der Nacht zum 13. November '95 wurden auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof in Oschersleben zahlreiche Grabsteine umgeworfen.

Demo gegen Rechts

SiLA #76 - In Halle/Saale fanden vom 1.-4. November '95 mehrere antifaschistische Veranstaltungen statt. Am ersten Tag gab es politisches Kabarett mit Martin Buchholz, am 3. November ein Streitgespräch über Deserteure und am 4. Workshops zu den Themen Rassismus, Sexismus, Faschismus und Militarismus. Das ganze endete mit einer Antifa-Demo.

BdV-Treffen

SiLA #76 - Am 30. September '95 tagte der rechte ***Bund der Vertriebenen (BdV)*** in Magdeburg. Etwa 50 Antifas begrüßten die Anwesenden mit Trillerpfeifen und Buh-Rufen.

Antifa-Aktion

Flugie - Etwa 100 Jugendliche u.a. BürgerInnen verteilten am 18. November '95 in Naumburg ein antifaschistisches Flugblatt und versuchten mit anderen BürgerInnen ins Gespräch zu kommen. Nach einiger Zeit kamen etwa 15 Polizeiwagen und die Antifas wurden etwa eineinhalb Stunden eingekesselt. Sieben Personen wurden festgenommen. Der ***PDS*** Landtagsabgeordnete von Sachsen-Anhalt, **Roland Claus** intervenierte inzwischen beim Innenminister und beim Polizeipräsidenten von Merseburg gegen die Maßnahmen so daß die Polizeiaktion abgebrochen werden mußte. Für die verhafteten Jugendlichen wird es wahrscheinlich keine Nachwirkungen geben.

Hallenser OB sympathisiert mit Burschenschaft

SiLA #76 - Der Oberbürgermeister der Stadt Halle, **Klaus Rauen**, hat offensichtlich enge Kontakte zu rechten Burschenschaften. Er gab am 1. November im Hallenser Stadthaus einen Empfang, zu dem er unter anderem den ***Kösener Senioren-Convents-Verband*** und den ***Studenten-Corps Halle*** sowie den ***Corps Palaiomarchia*** einlud. Leitende Funktionen im SC Halle haben unter anderem: **Claas Plesch, Claus-Christian Diers, Daniel Großmann, Stefan Kellner** und **U. Koch**. Zum Empfang als Festredner eingeladen war auch der Admiral a.D. **Dieter Wellershoff**, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Bonn. Er referierte über das Thema „Sicherheitspolitik als Herausforderung für die politische Klasse". Die Adresse des Corps Palaiomarchia lautet: Heinrich - u. - Thomas - Mann - Str. 28, 06114 Halle/Saale Tel.:(0345) 2023696 o. (0161) 3309509 Fax: (0161) 3309509.

Gedenkveranstaltung

NTb 7.11.95 - Am 10. November '95 fand in Naumburg eine Gedenkveranstaltung der Basisgruppe Naumburg des Interessenverbandes ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstandskampf, Verfolgten des Naziregimes und Hinterbliebenen statt. Sie gedachten der Opfer der Pogromenacht 1938, bei der mindestens 91 JüdInnen ermordet worden waren.

Schleswig-Holstein

Morddrohung an SPD-Landrat

Opb 21.10.95 - Der SPD-Landrat im Kreis Pinneberg **Berend Harms** erhielt eine Morddrohung, die mit „Die Vertriebenen" unterschrieben wurde. Harms hatte Veranstaltungen der vertriebenen Ostpreußen mehrmals blockiert.

Keine Fraktion der DL

BBZ #18 - Die ***Deutsche Liga (DL)*** verlor am 10. Juli '95 durch den Austritt ihres Abgeordneten und parlamentarischen Geschäftsführers **Paul Friese** ihren Fraktionsstatus im Kieler Landtag. Damit verbunden sind die Kürzungen der Geldmittel und die Streichung des Sitzes im Ältestenrat sowie den Anspruch auf längere Redezeiten im Parlament. Paul Friese ging zur ***DVU***, wo er vor seinem Eintritt in die DL schon tätig war. Durch diese Personalquerelen ist ein Wahlerfolg für diese rechten Parteien nicht zu erwarten.

Thüringen

Naziwochenende in Thüringen

JW, Taz 13.-16.11.95 - Am 11. November '95 warfen Unbekannte gegen 23.30 Uhr einen selbstgebastelten Sprengkörper in ein von bosnischen Kriegsflüchtlingen bewohntes Haus in Jena, Scharnhorststraße. Der Sprengkörper explodierte in dem Duschraum des Hauses, verletzt wurde aber dabei niemand. Der Heimleiter informierte die Polizei erst am nächsten Tag, diese schließt aber ein politisches Motiv bei dem Anschlag aus, obwohl am selben Tag eine Veranstaltung der rechten Szene im ***Schüler Cafe Alberts*** in Jena-Lobeda stattfand. Ebenfalls am gleichen Tag randalierten Rechtsradikale in der Gedenkstätte Buchenwald. Am 12. November '95 wurden um 18.30 Uhr mehrere linke Jugendliche an einer Tankstelle in Rudolstadt von 23 Rechtsradikalen im Alter von 20-30 Jahren (Autokennzeichen aus Arnstadt und Gotha) angegriffen. Zwei linke Jugendliche wurden bei dem Angriff schwer verletzt. Am selben Abend war in Kirchhasel bei Rudolstadt ein Konzert mit mehreren rechtsradikalen Bands vorbereitet gewesen. Etwa 200 Nazi-Skins waren dazu erschienen. Die Polizei nahm 50 von ihnen fest und stoppte das Konzert. Ebenfalls am gleichen Wochenende wurden Friedhöfe in Sachsen (Plauen) und Sachsen-Anhalt (Oschersleben) von Nazis geschändet. In Bayern (Burgau) wurde an dem Wochenende ein Jugendclub von Nazis angegriffen.

Rassistischer Überfall

JW, BeZe 30.10.95 - Am 28. November '95 überfielen drei Rassisten im Alter von 14, 17 und 18 Jahren in Nordhausen einen Togolesen. Nachdem sie ihn aus ihrem Auto herraus beleidigt hatten, gingen sie auf ihn los und schlugen ihn brutal zusammen. Selbst als der Mann schon am Boden lag traten die drei unvermindert auf ihn ein. Der 17jährige drosch so lange mit seiner Baseballkeule auf den 33jährigen Afrikaner ein, bis seine Keule zerbrach. Das Opfer liegt nun mit gebrochenen Unterarmen, Rippenbrüchen und Schädelhirntrauma im Krankenhaus. Die drei Rassisten flohen nach dem Überfall in ihrem Auto, konnten aber kurz darauf von der Polizei festgenommen werden. Dieser erklärten die drei Rassisten, daß sie „rechts" seien. Der leitende Oberstaatsanwalt **Hans-Joachim Petri** erklärte daraufhin, daß man Ausländerfeindlichkeit als Tatmotiv annehmen müsse. Trotzdem wurde nur der 17jährige in Untersuchungshaft genommen. Die anderen sind „wegen fehlender Haftgründe" wieder auf freiem Fuß. Die Bürgermeisterin von Nordhausen, **Barbara Rinke**, erklärte nach dem Überfall, ihre Stadt sei nicht ausländerfeindlicher als andere Städte.

15jähriger mißhandelt

JW 3.11.95 - Vier unbekannte Jugendliche haben am 2. November '95 in Gotha einen 15jährigen mißhandelt und mit Hakenkreuzen bemalt. Nach Polizeiangaben lockten die Täter den Jungen in ein leerstehendes Haus, zwangen ihn, sich zu entkleiden, und traktierten ihn mit Faustschlägen, Fußtritten und Hieben mit einem Besenstiel. Anschließend malten die Täter ihrem Opfer Hakenkreuze auf Brust und Rücken. Der 15jährige mußte nach Polizeiangaben ambulant behandelt werden. Die vier Täter sind flüchtig.

Friedhof geschändet

BeZe, SZ 11.10.95 - Unbekannte haben Gräber polnischer Zwangsarbeiter aus dem Zweiten Weltkrieg auf einem Friedhof in Blankenhain geschändet. Vermutlich am Wochenende des 9./10. Oktobers '95 stießen sie 17 Grabsteine um, die noch aus der Zeit um 1940 stammen. Wie die Polizei in Jena mitteilte, ermittelt sie wegen Störung der Totenruhe.

International

Frankreich

Rechtsextreme als Opfer?

JW 23.10., 13.11.95 - 10.000 Menschen brachte die ***Front National (FN)*** am 11. November '95 in Carpentras (südöstliches Frankreich) auf die Straße. Angeführt von Parteichef **Jean-Marie Le Pen** demonstrierten sie gegen eine angebliche „Staatslüge". Hintergrund ist die Schändung des jüdischen Friedhofes von Carpentras in der Nacht zum 8. Mai '90. Für diesen Akt der Verwüstung, bei dem nicht nur Grabsteine umgeworfen und zerbrochen, sondern auch Gräber geöffnet und eine Leiche aufgespießt wurde, war damals Le Pen und seine teilweise stark antisemitische Wahlpropaganda verantwortlich gemacht worden. In den Protest reihten sich damals Staatspräsident **François Mitterand**, Minister und die Vorsitzenden aller großen Parteien - mit Ausnahme der FN - ein. Die Tat ist jedoch bis heute nicht aufgeklärt. Im Oktober sorgte der ermittelnde Staatsanwalt, **Jean-Michel Tissot**, mit seiner Bemerkung für Aufsehen, „die These eines ideologischen Verbrechens" sei auszuschließen. Auch der Anwalt der Angehörigen des aufgespießten Leichnams, **Gilbert Collard**, spricht neuerdings von einer „Staatslüge" und behauptet, es handele sich um ein „politisches Kalkül". Einen antisemitischen Hintergrund habe die Tat nicht, es bleibe „bei einem Antisemitismus der Ortswahl". Solche Aussprüche sind natürlich Wasser auf die Mühlen der Rechtsradikalen, die sich jetzt als Opfer einer Verschwörung aus antirassistischen Organisationen, Regierung und großen Parteien Frankreichs darstellen. Zudem ist die Wahl von **Jean-Marie Le Chevallier** (Front National) zum Bürgermeister der südfranzösischen Stadt Toulon eventuell ungültig. Eine staatliche Kommission teilte im Oktober mit, bei der Finanzierung des Wahlkampfes habe es Unregelmäßigkeiten gegeben. Die Bestimmung, daß der Verwalter der Wahlkampffinanzen nicht kandidieren darf, sei von der FN nicht eingehalten worden. Wird die Wahl Le Chevalliers für ungültig erklärt, sehen die Rechten sich vermutlich erneut als Opfer einer Verschwörung.

Prügelnde Polizisten verurteilt

ai-Info 9/95 - Zwei Polizisten sind schuldig gesprochen worden, einen Afrikaner mißhandelt zu haben. Die Beamten wurden zu einer 18monatigen Bewährungsstrafe verurteilt und müssen

umgerechnet 12.000 DM Schadensersatz zahlen. Das Opfer, der aus Benin stammende **Lucien Djossouvi**, wurde am 5. September '89 von drei Polizisten mißhandelt, wobei der dritte prügelnde Polizist freigesprochen wurde. In Folge einer Führerscheinkontrolle wurde Lucien von seinem Motorrad gestoßen und als *„schmutziger Neger"* beschimpft. Er wurde von dem Zivilbeamten und zwei weiteren Polizisten zusammengeschlagen. Zuvor hatten die Polizisten Lucien Handschellen angelegt, damit er nicht die geringste Chance der Abwehr haben sollte. Später mußte er mit Verletzungen an Kopf, Gesicht, Magen und Hoden im Krankenhaus behandelt werden.

Großbritannien

Tod in Abschiebehaft

ai-info 9/95 - Erst vor einigen Monaten wurde bekannt, daß es zu mehreren Todesfällen bei britischen Abschiebehäftlingen kam. Bereits 1993 kam es bei den Verhaftungen der Abschiebehäftlinge **Joy Gardner** und **Shiji Lapite** zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gegen die AusländerInnen. Joy und Shiji mußten mit Verletzungen in Krankenhäuser gebracht werden. Joy lag vier Tage im Koma, bevor sie verstarb. Der Tod des Nigerianers Shiji wurde schon auf dem Weg ins Krankenhaus festgestellt. Bei beiden Autopsieberichten wurde Erstickung als Todesursache angegeben. Joy Gardner hatte zusätzlich noch Verletzungen am Kehlkopf. Bei ihrer Festnahme soll Joy gefesselt und ihr Mund mehrfach mit Klebeband umwickelt worden sein.

Internationale Anti-Antifa

AI # 31 - Die britische Terrorgruppe ***Combat 18 (C 18)*** arbeitet verstärkt auf internationaler Ebene. In der letzten Ausgabe ihrer Zeitschrift ***Redwatch*** betonten sie, daß die Zusammenarbeit mit Gruppen aus anderen Ländern erheblich enger geworden ist. In der Ausgabe veröffentlichten sie auch eine lange Liste von AntifaschistInnen (mit Fotos) aus Norwegen. An die Namen war vor einem halben Jahr eine Person gelangt, die eine norwegische Antifa-Gruppe infiltrierte, aber auch Briten werden mit veröffentlicht. Die britischen Behörden zeigten bisher wenig Interesse, gegen diese Terrorgruppe vorzugehen. Kenner der Szene sprechen von einer großen Geheimdienstnähe der Gruppe.

Italien

Proteste gegen „Ausländer-notverordnung"

Welt 12.11.95 - Zehntausende ItalienerInnen haben Mitte November '95 gegen den wachsenden Rassismus und rassistische Gesetze demonstriert. Anlaß war eine sehr umstrittene „Ausländerverordnung" nach der straffällig gewordene AusländerInnen schneller abgeschoben werden können - Staatsrassismus läßt grüßen.

Ehrung für italienischen Faschisten

JF, SZ, JW 15.-19.9.95 - Nach einer Entscheidung des grünen Bürgermeisters in Rom, **Francesco Rutelli**, soll ein Platz in Rom den Namen „Largo Bottai" nach dem Faschisten **Giuseppe Bottai** tragen. Bottai war einer der Mitbegründer der faschistischen Partei und Erziehungsminister im Regime von **Benito Mussolini**. In dieser Funktion hatte er daran mitgewirkt, Juden die Tätigkeit im Schulsystem und später im gesamten Öffentlichen Dienst zu verbieten. Am 17. September '95 demonstrierten in Rom hunderte von Antifaschisten gegen diese Entscheidung.

Jugoslawien

Nazi-Söldner

Die Woche 25.8.95, WGA - Jetzt hat auch der Verfassungsschutz (VS) endlich mitbekommen, daß Neo-Nazis als Söldner im Krieg auf dem Balkan mitmischen. VS-Chef **Hansjörg Geiger** erklärte, daß bundesdeutsche Nazis vermehrt Waffendepots anlegen und daß ein Großteil der Waffen aus dem ehemaligen Ostblock und aus Ex-Jugoslawien stammen. Dies ist jedoch schon lange kein Geheimnis mehr. Die ***HOS (Hrvatske Odbrambene Snage)*** warb bei deutschen Nazi-Gruppen - ***NB, DA*** oder ***NL*** - für den Kampf in Kroatien. Im Aufruf ***Kroatien braucht Hilfe*** hieß es: „Viele Kroaten stehen ... ganz klar auf der Seite des weißen Europas". Die HOS bestehe weitgehend aus Freiwilligen, die gegen die „serbokommunistischen" Feinde stehen. Dem Aufruf, der nach Deutschland, Österreich, Kanada und weiteren Ländern geschickt wurde, folgte jedoch keine Aufstellung einer kämpfenden Gruppe. Freiwillige Nazis aus Deutschland und Österreich meldeten sich direkt bei der HOS. Die HOS steht in der Tradition der berüchtigten ***Ustascha***. Die Ustascha war zur NS-Zeit ein jugoslawischer Freiwilligenverband der ***Waffen-SS***.

Norwegen

Rechtsruck nach Wahl

FAZ, Tsp 13.9.95 - Bei den Regional- und Kommunalwahlen Anfang September '95 hat es in Norwegen einen deutlichen Rechtsruck gegeben. Erfolge für die extreme Rechte, Verluste für Sozialdemokraten und Sozialisten. Die rechtsextreme ***Fortschrittspartei (FP)*** konnte ihren Stimmenanteil von 7% auf über 11% steigern. In der Hauptstadt Oslo errang die FP über 20% der Stimmen, gleichzeitig verloren hier die Sozialdemokraten die Mehrheit. Der Erfolg der Fortschrittspartei ist auf extreme Haltungen gegenüber AusländerInnen und auf die Enthüllung der Zusammenarbeit eines FP-Politikers mit rassistischen Gruppierungen zurückzuführen. Die Zusammenarbeit sah folgendermaßen aus: Der Sprecher der FP in Ausländerfragen traf sich mit 24 Vertretern aus rassistischen, militanten, Neonazi-Gruppen. **Carl I. Hagen**, Chef der FP, sagte zum Wahlerfolg seiner Partei, daß die übrigen Parteien den WählerInnenwillen respektieren und die „Ausländerfurcht" der BürgerInnen ernstnehmen sollten. Die Links-Sozialisten mußten die Hälfte ihrer Stimmen einbüßen.

Österreich

Haider will „ausmisten"

BeZe 16.10, Taz 8.11.95, bnr 21/95 - Der österreichische Rechtspolitiker **Jörg Haider**, der nach einem Urteil des Obersten Gerichtshofes (Wien), straffrei als „politischer Ziehvater und Ideologe des rechtsextremen Terrors" (Aktenzahl „6Ob 18/94) bezeichnet werden darf, löste in Wien eine Welle der Empörung aus, als er äußerte, das Land als Bundeskanzler „auszumisten und Ordnung zu schaffen". Daraufhin forderte ihn der ***SPÖ***-Abgeordnete **Günter Kräuter** auf, in seiner eigenen Partei, den ***Freiheitlichen,*** mit dem „Ausmisten" zu beginnen. Die "F" ist nach der Selbstauflösung des österreichischen Parlaments bei einer Meinungsumfrage, mit 27 Prozent, bereits die zweitstärkste Partei in Österreich, hinter den Sozialdemokraten (SPÖ). Bei den letzten Wahlen vor einem Jahr hatte sie mit 22,5 Prozent noch auf dem dritten Platz hinter der SPÖ und der ***ÖTV*** gelegen.

Schweden

Faschistische Organisationsstruktur

AI #29 + 32; API - Eine Geschichtswissenschaftlerin teilte gegenüber der Tageszeitung „Arbetet Nyhetera" mit, daß schwedische Neonazis zunehmend Frauen- und Jugendorganisationen gründen und sich in lokalen Gruppen sammeln. Durch diese Taktik gelinge es den Nazis, erheblich an Einfluß zu gewinnen und sich neben rechtsextremistischen Parteien eine zweite Organisationsform zu geben. „Die neuen Gruppen arbeiten wie Befreiungsbewegungen", so die Historikerin, „wenn sich eine Organisation auflöst, stehen andere Gruppen bereit, die die Aktivitäten fortführen". Insgesamt sei davon auszugehen, daß schwedische Neonazis zukünftig verstärkt im Untergrund arbeiten werden. Ein Beispiel für verdecktes Operieren ist das faschistische ***Storm***-Netzwerk. Dieses Netzwerk besteht aus verschiedenen Kleingruppen und ist eher eine Bewegung als eine Organisation. Die Zeitung "Storm" dient nicht nur der ideologischen Vereinheitlichung von gewaltbereiten Nazi-Skins sondern auch der Vereinheitlichung der übrigen

NS-Gruppen. Mitglieder solcher Gruppen sind oft gleichzeitig „AktivistInnen" legaler oder eingetragener Organisationen und Parteien, wie der ***Church of the Creator*** oder der ***Gesellschaft Schwedens Zukunft***. Eine weitere schwedische verdeckt arbeitende Nazi-Gruppe ist der terroristische ***Weiße Arische Widerstand (VAM)***, die weitgehend von der US-amerikanischen Nazigruppe ***The Order*** inspiriert wurde. Mitglieder des Storm-Netzwerkes nahmen am Nazi-Aufmarsch '93 in Fulda teil und waren am diesjährigen „Heß-Gedenkmarsch" im dänischen Roskilde anwesend.

Schweiz

Internationaler Rassismus

JW 3.11.95 - Das schweizerische Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) wird aus der Bundesrepublik von rund 3.000 AsylbewerberInnen Fingerabdrücke und die dazugehörigen personellen Daten erhalten. Die Daten sollen nach einem Abkommen verglichen werden und angeblich nur statistichen Gründen dienen. Es handelt sich um Daten von Personen, die zwischen August und Oktober '93 in Deutschland Asyl beantragten. Jetzt will die Schweiz wissen, ob und wieviel der abgelehnten Flüchtlinge vielleicht unter anderem Namen auch in der Schweiz sowie in anderen Ländern nach Hilfe suchten.

Tschechien

Neues von der „Halt"

bnr 20/95 - Die Neonazi-Zeitung ***Halt*** wird neuerdings aus Tschechien versandt, Postadresse bleibt weiterhin Barcelona. Die 77. Ausgabe (Sommer '95) erschien nach Halt-Angaben in einer Ausgabe von 10.000 Stück. Die Halt wurde von **Gerd Honsik** gegründet, zuständiger Redakteur ist **Pedro Schneider**.

Rechtsradikaler verliert Immunität

AN 16/95, DESG-Info 8/95 - Das Parlament der Tschechischen Republik hat einem rechtsradikalen Politiker der ***Republikaner*** die Immunität entzogen. Der Grund dafür: In Tschechien sorgte ein millionenfach verteiltes Flugblatt für Erregung. Dieses enthält einen gefälschten Brief von Bundeskanzler Helmut Kohl, um den Eindruck eines Komplotts der deutschen und der tschechischen Regierung zugunsten der Sudetendeutschen zu erwecken (siege WGA #8). Die Untersuchungsbehörden erhielten im Laufe ihrer Ermittlungen vom Chef einer Prager Druckerei die Information, daß der Druckauftrag für die Million Flugblätter von **Jan Vik**, dem Fraktionschef der rechtsradikalen und nationalistischen ***Gesellschaft für die Republik - Tschechische Republikanische Partei (SPR-RSC)***, unterzeichnet gewesen sei. Eine polizeiliche Durchsuchung des Partteibüros der Republikaner verlief erfolglos. Die Ermittler beantragten die Aufhebung der Immunität, um ein Strafverfahren wegen Volksverhetzung, möglich zu machen.

Türkei

Gleich in den Knast

ND 16.10.95 - Der kurdische Politiker **Ibrahim Aksoy** von der ***Partei der Demokratie und der Veränderung*** wurde nach seiner freiwilligen Ausreise aus Deutschland festgenommen. Direkt vom Flughafen aus wurde er in den Knast der kurdisch-türkischen Provinzhauptstadt Konya gebracht. Aksoy hatte im Juni '95 die Türkei verlassen. Er wollte auch in anderen Ländern für die Ziele seiner Partei werben. Die Bundestagsabgeordnete **Angelika Beer** (Grüne/B.90) hatte Aksoy hier in Deutschland begleitet und nannte die Verschleppung Aksoys einen ungeheuerlichen Skandal.

Regierung mit Faschisten

BeZe, Welt, MP 7.10.95 - Die türkische Ministerpräsidentin **Tansu Ciller** hat mit Unterstützung der rechtsradikalen ***Milliyetci Hareket Partisi (MHP)*** („Nationale Aktionspartei") nach zweiwöchigen Bemühungen eine Minderheitsregierung gebildet. Staatspräsident **Süleyman Demirel** stimmte dem, nur aus Mitgliedern von Cillers konservativer ***DYP*** („Partei des rechten Weges") bestehenden, Kabinett zu. Da die DYP nur über 182 Mandate verfügt, hat sich Ciller noch zwei weitere Partner geholt. Auf der einen Seite hat sie sich per Protokoll die parlamentarischer Unterstützung der faschistischen MHP mit 17 Abgeordneten unter Oberst a.D. **Alparslan Türkes** gesichert. Zum anderen setzt sie auf die ***DSP*** mit zehn Mandaten, unter Ex-Premier **Bülent Ecevit**. Darüber hinaus benötigt sie zur Parlamentsmehrheit die Stimmen von mindestens 16 weiteren Abgeordneten, welche sie sich dann von diversen Splitterparteien rekrutieren will. Türkes, der am Putsch von 1960 federführend beteiligt war und als Ex-Oberst und Chef der faschistischen ***Grauen Wölfe*** andersdenkende Türken terrorisieren läßt und Ecevit haben eins gemeinsam: Sie vertreten stark nationalistische und rückständige Politik und sind von einem enormen Haß gegen die kurdische Bevölkerung besessen.

Staatlicher Mord

JW 26.-29.9.95 - Unter Ausschluß der Öffentlichkeit fand am 26. September '95 vor dem Strafgericht in Istanbul der zweite Prozeßtag gegen 19 türkische Polizisten statt, die des Mordes an drei Mitgliedern der Partei ***Devrimci Sol*** (Revolutionäre Linke) angeklagt werden. Der Hintergrund: Am 16. April '92 waren in verschiedenen Stadtteilen Istanbuls vier Wohnungen von Sondereinheiten der Polizei umzingelt und gestürmt worden. In einer der Wohnungen befanden sich drei Menschen von Dev Sol, welche sich, da sie eh damit rechnen konnten hingerichtet zu werden, verteidigten und daraufhin erschossen wurden. Bei den Obduktionen der Leichen fand man insgesamt 143 Kugeln in ihren Körpern, bei einem Toten wurden Einschüsse in Form eines türkischen Halbmondes festgestellt. Die Eröffnung des Prozesses am 15. Juli '95 war erst nach internationalem Druck zustande gekommen. Obwohl 1992 insgesamt elf Mitglieder von Devrimci Sol erschossen wurden, ist in nur drei Fällen die Anklage zugelassen worden. Zudem werden die Anwälte der Nebenklage von der Polizei der Unterstützung der Ziele der Getöteten bezichtigt und damit selbst als Straftäter verfolgt. So wurde dann auch, nur eine Woche nach dem ersten Verhandlungstag, einer der Nebenklagevertreter in Istanbul verhaftet und sechs Tage festgehalten und gefoltert. Wichtige Beweismittel verschwanden spurlos, während die Staatsanwaltschaft drei Jahre lang ermittelte. Bei der Erstürmung mehrerer Zellen des Gefängnisses Buca in Izmir sind am 22. September '95 abermals drei Mitglieder von Dev Sol ums Leben gekommen.

Uruguay

Neue rechtsextreme Gruppe

API 5.10.95 - Eine neue, bislang unbekannte ***Nationalistische Bewegung Urugays (MNR)*** ist Anfang Oktober '95 erstmals in Erscheinung getreten. Nach eigenen Angaben besteht die MNR aus 200 Aktiven, unter ihnen auch Polizisten und Militärs. Die MNR will sich für argentinische Militärs einsetzen, die vor fünf Jahren in Argentinien einen Putsch versuchten.

USA

Rechter Terror gegen den Bundesstaat

Presse 11.10.95 , AI #31, 32 - In der Nacht zum 9. Oktober '95 haben offenbar rechtsradikale Täter einen Anschlag auf einen Passagierzug verübt. Zu dem Anschlag, bei dem eine Person getötet und 83 teilweise lebensgefährlich verletzt wurden, bekannte sich eine Gruppe namens ***Söhne der Gestapo***. Die Täter hatten südöstlich der Stadt Phoenix eine Verbindung zwischen zwei Gleisstücken entfernt, zugleich aber mit einem Kabel die Stromleitung aufrecht erhalten. Deshalb wurde das sich sonst bei einem Gleisdefekt automatisch einschaltende Stop-Signal nicht aktiviert. Die ersten vier Waggons des Fernzuges „Sunset Limited" von Miami nach Los Angeles entgleisten und stürzten in eine fast

zehn Meter tiefe Schlucht. In dem Bekennerschreiben wird dieser Anschlag mit der Erstürmung eines Anwesens der ***Davidianer-Sekte*** in Waco (Texas) im April '93 in Verbindung gebracht. Insofern ist der Sabotageakt als Aktion gegen die US-amerikanischen Bundesbehörden zu verstehen. Bereits im April '95 hatten rechtsradikale Täter in Oklahoma-City ein Gebäude der Bundespolizei ***FBI*** in die Luft gesprengt, wobei 168 Menschen den Tod fanden (WGA #6). Im August wurde in Carson City (Nevada) das Haus eines Forstbeamten, auch er ein Bundesbediensteter, Ziel eines Bombenanschlages. Zumindest gesitige Urheber dieses Terrors sind wohl die verschiedenen „Citizens' Militias", paramilitärische Bürgermilizen, die teilweise aus der legalen Nazi-Organisation ***Aryan Nations*** hervorgegangen sind. Die Ideologie dieser Milizen besteht aus einer radikalen Ablehnung der Bundesregierung in Washington D.C. und aller Bundesbehörden, aus Rassismus und Antisemitismus sowie dem Protest gegen jegliche Einschränkung des Waffenkaufs und -besitzes. Beliebt sind Verschwörungstheorien über die angebliche Vorbereitung einer totalen Diktatur Washingtons und der Vereinten Nationen, beide gesteuert vom „Weltjudentum".

Neuerscheinungen

Trotz anderslautender Wünsche einiger Redaktionen besprechen wir ausschließlich die Zeitungen, die wir möchten. Zusendung an uns heißt nicht automatisch Besprechung in der "Was geht ab?"!

Anarchist to the Front
#1, 7,00 DM, 44 Seiten
c/o Babak Soltani, Postfach 2218, 58592 Iserlohn
Dieses neue HipHopZine kommt aus dem Dunstkreis der Gruppe „Anarchist Academy" und wie diese hat es den Anspruch, HipHop und politische Kultur miteinander zu verbinden. Freiräume zu schaffen ist das erklärte Ziel, „Grafitti & Politics" sind Teil der eigenen Anschauung. So gibt's neben einem Interview mit Dortmunder Writern viele (teils farbige) Fotos von Grafitties und einen Artikel über HipHop in Deutschland: „12 Jahre gutbürgerliche Subkultur". Neben weiteren Berichten zum Thema kommen noch Platten- und Fanzine-Verrisse dazu und Artikel zu den Zapatistas und Polizeistruktur in Deutschland.

Antifa NRW-Zeitung
#9, 3,00 DM, 32 Seiten
c/o Infoladen, Brunnenstr. 41, 42105 Wuppertal
Wie gewohnt liefert das Blatt einige Hintergrundberichte, diesmal zu den Themen „NF - eine Bewegung in Enttarnung", Sonnenwendfeiern und zum Studienzentrum Weikersheim. Folgend eine Chronologie von Polizeiwillkür in Wuppertal und „Wiedergeburt des völkischen Nationalismus".

Der Rechte Rand
#37, 3,00 DM, 24 Seiten
Postfach 1324, 30013 Hannover
Das Thema „Neonazis und Techno" ist zwar Titelthema, wird dann jedoch enttäuschend kurz behandelt. Folgend dann ein Aufruf zur „Antifaschistischen Offensive", die als Aktion im kommenden Jahr eventuell wichtig werden könnte. Dazu sicher später auch mehr in unserer Zeitung. Wie immer schaut der „Rechte Rand" auch diesmal vor allem auf dortige Entwicklungen: Südtirol, „Neue Rechte", Peter Naumann, das Thule-Netz, Der DA-Prozeß und Aktivitäten des Neonazis Jürgen Rieger werden behandelt. Der Herbsttagung der rechten Rands der Evangelischen Kirche wird ein interessanter Artikel gewidmet, ansonsten noch was zu Frauen und Rechtsextremismus sowie dem „Bund gegen Gotterkenntnis".

Info der Antifa-Ini Saar
#2, 8 Seiten
c/o S. Lorz, Postfach 1527, 66406 Homburg/Saar
Einziges Thema in diesem Info: vermeintlich nationalistische Tendenzen innerhalb der „Deutschen Kommunistischen Partei". Leider ist der Sinn dieser Veröffentlichung nicht ganz durchsichtig, wenn man davon ausgeht, daß es nicht um reine Abgrenzung handelt, nur weil es sich um eine andere Organisation handelt.

Leipzig ganz rechts
4,00 DM + Porto, 92 Seiten
c/o Infobüro, Peterssteinweg 13, 04107 Leipzig
Gut recherchierte Broschüre über die Entwicklung der Leipziger Neonazi-Szene seit der Wende. Die Dokumentation stellt aber auch schon den Artikel „Rechtsextremismus in der DDR" voran, um zu zeigen, daß alles nicht erst mit den Ereignissen am Rande der Montagsdemonstrationen angefangen hat. Danach werden die wichtigsten Ereignisse, Nazi-Gruppierungen und Aktivisten vorgestellt, chronologisch nach Jahren geordnet.

Linksabbieger
#4, 1,00 DM, 12 Seiten
c/o Edelweiß-Piraten Beckum-Oelde, Postfach 2337, 59256 Beckum
Dieses „Antifaschistische Jugendinfo für die Kreise Warendorf und Soest" ist bereits in vierter Ausgabe in Serie erschienen und hat damit bereits eine gewisse Kontinuität bewiesen. Die Themen sind - mit einer Ausnahme - nicht gerade jugendspezifisch („Jugendarbeitslosigkeit"). Außer zwei Artikeln zur NF und der DVU werden ansonsten eher die Themen behandelt, die in der linksradikalen Szene anstehen - auch wenn sie mit Anti-/Faschismus nichts zu tun haben: Abu-Jamal, Castor-Alarm, etwas zur Deutschen Bank, Kurden und dem RAF-Gefangenen Christian Klar.



DER ANTIFA-KALENDER '96 FÜR 15 DM INKL. VERSANKKOSTEN BEI:



DEN NEUEN A.M.O.K.-KATALOG GIBT'S DAZU. EINZELN GIBT'S IHN FÜR 1,00 DM ZU BESTELLEN.

ANTIFA MAIL ORDER KOMMANDO
GNEISENAUSTR. 2A D-10961 BERLIN

Tote Flüchtlinge
Die Festung Europa mordet

Sie sterben an der Grenze, werden von Rechtsradikalen und Polizisten ermordet oder bringen sich selbst um, weil sie abgeschoben werden sollen. Flüchtlinge, die nach Europa wollen, müssen dies immer wieder mit dem Leben bezahlen. Allein in dieser Liste stehen bereits 170 Menschen, die auf der Suche nach Sicherheit, Nahrung oder einem menschenwürdigem Dasein ums Leben kamen.
UNITED in Amsterdam hat damit begonnen, diejenigen zu zählen, die aufgrund ihres Status als Flüchtling ums Leben gekommen sind. Es fehlen all die, die von Rassisten allein wegen ihres Aussehens, ihrer Hautfarbe umgebracht wurden. UNITED wollte eine Liste erstellen, die unmittelbar an der Festung Europa zerschellt sind.
Die Berliner EDELWEISS-PIRATEN haben die ursprüngliche Liste ins Deutsche übersetzt, überarbeitet und ergänzt. Sie wird nun regelmäßig alle paar Monate als Flugblatt veröffentlicht und kann auch bei uns bestellt werden. Dies ist die neueste Auflage.

Datum	Anz.	Name	Nationalität	Art des Todes	Quelle
1993	2	Unbekannt	Unbekannt	Selbstmord	(1,13)
Anf. '93	1	Jaffarzadeh	Iran	Gestorben nach Deportation aus Österreich im Gefängnis in Teheran	(12)
1.1.93	11	Unbekannt	Albanien	Ertrunken auf dem Weg nach Otranto im Mittelmeer vor Italien	(21)
1.1.93	1	Gerry Johnson	Liberia	Gestorben, nachdem er in einem Rail-Container in Feldkirch (A) gefunden wurde	(22)
4.1.93	1	Kwaku Agyei (35)	Ghana	Selbstmord in Mosach nach Ankündigung der Abschiebung	(2,9)
26.1.93	1	Wasantha di Barrova	Sri Lanka	Erstickt in einer Bus-Ladeluke in Wien (A)	(12)
26.1.93	1	Bush Bacuma	Sri Lanka	Erstickt in einer Bus-Ladeluke in Wien (A)	(12)
26.1.93	1	Pieris	Sri Lanka	Erstickt in einer Bus-Ladeluke in Wien (A)	(12)
26.1.93	2	Unbekannt	Sri Lanka	Erstickt in einer Bus-Ladeluke in Wien (A)	(12)
26.1.93	1	Turan Pekoz	Türkei	Selbstmord durch Verbrennen in der Ausländerbehörde Croydon (GB)	(9)
20.3.93	3	Unbekannt	Albanien	Von einem Nachtzug an der Grenze Schweiz-Italien überfahren	(8)
23.4.93	1	Unbekannt (m)	Senegal	Wurde erhängt in einer Polizeizelle in Eislingen (D) gefunden	(9)
26.5.93	1	Unbekannt (1)	Eritrea	Gestorben bei einem Brandanschlag von Faschisten in Heppenheim (D)	(1)
26.5.93	1	Unbekannt (2)	Eritrea	Gestorben bei einem Brandanschlag von Faschisten in Heppenheim (D)	(1)
26.5.93	1	Unbekannt (4)	Eritrea	Gestorben bei einem Brandanschlag von Faschisten in Heppenheim (D)	(1)
17.6.93	1	Unbekannt	Kurdistan	Von Nazis vor einem Flüchtlingslager in Dülmen (D) ermordet	(1)
Juli '93	1	Unbekannt (m)	Libanon	Selbstmord in Abschiebehaft in Berlin nach Ankündigung der Deportation	(1)
1.8.93	1	Joy Gardner	Jamaica	Gestorben nach Auseinandersetzung mit Ausländerpolizei in London (GB)	(9)
Sept. '93	1	Unbekannt	Zaire	Ertrunken in der Seine (F) bei der Flucht vor Ausländerkontrolle	(1)
10.9.93	1	Unbekannt (m)	Mazedonien	Ertrunken im Rhein an der Grenze Österreich-Schweiz	(14)
Okt. 93	1	Unbekannt	Kurdistan	Nach Abschiebung aus der Schweiz vom Militär in Kurdistan ermordet	(11)
15.10.93	1	Daniel Lopes	Angola	Selbstmord in Untersuchungshaft in Trier (D)	(2,3)
Dez. '93	1	Unbekannt	Jugoslawien	Selbstmord durch Sprung aus dem Gewahrsam in Hellevoetsluis (NL)	(1)
8.12.93	1	Osazuwa Omah	Nigeria	Selbstmord im Gefängnis Regensburg (D)	(2,3)
25.12.93	1	Emanuel Th. Tout	Sudan	Selbstmord im Polizeigewahrsam in Herne (D)	(2)
25.12.93	1	Unbekannt	Türkei	Ermordet bei einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingslager in Kaltenkirchen (D)	(1)
1994	1	Unbekannt	Ruanda	Als blinder Passagier vom holländischen Kapitän über Bord geworfen, ertrunken	(10)
1994	1	Unbekannt	Ruanda	Als blinder Passagier auf dem Weg nach Griechenland über Bord geworfen	(10)
1994	1	Unbekannt	Peru	Selbstmord im BGS-Arrest durch Sprung aus dem Zug bei Freiburg (D)	(15)
Jan. '94	1	Unbekannt	Syrien	Selbstmord nach zwei Jahren Warten auf Asyl in Norwegen	(1)
28.1.94	1	Son Ha Hoang (27)	Vietnam	Selbstmord in München (D) nach Ablehnung des Asylantrags	(2,9)
31.1.94	1	Okwudiliri Collins	Nigeria	Nahe Tangar tot von einem russischen Schiff "gefallen"	(23)
1.2.94	1	Unbekannt (m)	Unbekannt	Als blinder Passagier von einem deutschen Schiff über Bord geworfen	(3)
11.3.94	1	Unbekannt (m)	Unbekannt	Ertrunken in der Neiße (PL/D) nahe Zittau	(5)
22.3.94	1	Unbekannt (m)	Unbekannt	Ertrunken in der Neiße (PL/D) nahe Guben	(5)
25.4.94	1	Unbekannt (m)	Rumänien	Ertrunken in der Neiße (PL/D) nahe Rothenburg	(5)
27.4.94	1	Kwanele Eldah Siziba	Nigeria	In London (GB) bei der Flucht vor Polizisten gestorben, die ihn deportieren wollten	(9)
Mai '94	1	Unbekannt	Türkei	Aufgehängt in Polizeistation in Hengelo (NL) wegen Deportation	(1)
5.5.94	1	Owusu Mensa	Ghana	Selbstmord im Gefängnis Stadelheim (D)	(2)
7.5.94	7	Unbekannt	Unbekannt	Ertrunken bei der Kenterung des Bootes zwischen Spanien und Marokko	(23)
24.5.94	1	Unbekannt (m)	Unbekannt	Ertrunken in der Neiße (PL/D) nahe Görlitz	(5)
29.5.94	1	Kuldeep Singh	Indien	2 Tage nach der Deportation aus Deutschland von der indischen Polizei ermordet	(2, 3)
2.6.94	1	Zhou Zhe Gun	China	Selbstmord in Gewahrsam in Volkstadt (D) nach Ablehnung des Asylantrags	(2,3)
2./3.7.94	1	Unbekannt (26)	Sri Lanka	Selbstmord in Hattorf (D) wegen drohender Abschiebung	(2)
18.7.94	1	Mohamed F.B. (14)	Marokko	Gestorben, als er von einem Schiff nach Spanien abstürzte	(4)
25.7.94	1	Unbekannt	Kroatien	Selbstmord in Polizeistation in Deutschland, zwei Tage vor der Deportation	(16)
13.8.94	1	Unbekannt (m, 20)	Marokko	Bei der Entdeckung als blinder Passagier in Antwerpen (B) auf der Flucht ertrunken	(10,24)
21.8.94	2	Unbekannt (Kinder)	Kosovo-Alb.	Erfroren	(10,25)
22.8.94	1	Unbekannt (m)	Unbekannt	Ertrunken in der Neiße (PL/D) nahe Guben	(5)
23.8.94	1	Unbekannt (m)	Unbekannt	Ertrunken in der Neiße (PL/D) nahe Guben	(5)
25.8.94	1	Unbekannt (m)	Algerien	Ertrunken in der Neiße (PL/D) nahe Guben	(5)
30.8.94	1	Kola Bankole (30)	Nigeria	Durch Polizei und falsche ärztliche Behandlung im Flughafen Frankfurt gestorben	(18)
30.8.94	1	Unbekannt (m)	Nepal	Ertrunken in der Neiße (PL/D) nahe Forst	(5)

Datum	Anz.	Name	Nationalität	Art des Todes	Quelle
Sept. '94	1	Farid Boukhit (30)	Algerien	Gestorben, nachdem er am 12.5.94 in Magdeburg (D) von Nazis verprügelt wurde	(7)
4.9.94	1	Pava Sathiarathi	Sri Lanka	Ertrunken in der Neiße (PL/D) nahe Zasieki	(5)
4.9.94	1	Suthar. Kanthasamy	Sri Lanka	Ertrunken in der Neiße (PL/D) nahe Zasieki	(5)
4.9.94	1	Sellaiah Subathira	Sri Lanka	Ertrunken in der Neiße (PL/D) nahe Zasieki	(5)
4.9.94	1	Mosses Arumarraian	Sri Lanka	Ertrunken in der Neiße (PL/D) nahe Zasieki	(5)
4.9.94	1	L. Kanapathippillai	Sri Lanka	Ertrunken in der Neiße (PL/D) nahe Zasieki	(5)
4.9.94	1	Th. Pathmanathan	Sri Lanka	Ertrunken in der Neiße (PL/D) nahe Zasieki	(5)
27.9.94	1	Unbekannt (m)	Bosnien	In den Alpen bei Bayerischzell (D) abgestürzt	(15)
28.9.94	1	Bukurjie Haliti (23)	Albanien	Nach einem Brandanschlag in Herford (D) im Container verbrannt	(18)
28.9.94	1	Navgim Haliti (11)	Albanien	Nach einem Brandanschlag in Herford (D) im Container verbrannt	(18)
30.9.94	2	Unbekannt	Marokko	Vermißt nach Kenterung eines Bootes mit 30 Flüchtlingen von Pantelleria (I)	(10)
1.10.94	2	Unbekannt	Marokko	Ertrunken nach Kenterung eines Bootes mit 30 Flüchtlingen von Pantelleria (I)	(9,26)
6.10.94	1	Unbekannt (m)	Sri Lanka	Ertrunken in der Neiße (PL/D) nahe Großgastrose	(5)
13.10.94	8	Unbekannt	Albanien	Ertrunken beim Kentern von zwei Booten mit 46 Flüchtlingen nahe Otranto (I)	(10)
13.10.94	2	Unbekannt (w)	Albanien	Vermißt nach Kentern von zwei Booten mit 46 Flüchtlingen nahe Otranto (I)	(10)
16.10.94	1	Abdullah J. (35)	Marokko	Selbstmord im Polizeigefängnis in Ludwigsburg (D) nach Asyl-Ablehnung	(2)
23.10.94	1	Joseph Nnalue	Nigeria	Bei Ausländerkontrolle in London (GB) aus dem 4. Stock gestürzt	(9,27)
26.10.94	1	Unbekannt	Albanien	Ertrunken beim Kentern eines Bootes mit 17 Flüchtlingen in der Adria	(10)
19.11.94	1	Arunagiri Rasaiah	Sri Lanka	Ertrunken in der Neiße (PL/D) bei Forst	(5)
19.11.94	1	Alosies Jeyaratnam	Sri Lanka	Ertrunken in der Neiße (PL/D) bei Forst	(5)
28.11.94	1	Unbekannt (m)	Unbekannt	Ertrunken in der Neiße (PL/D)	(7, 32)
29.11.94	3	Unbekannt	Algerien	Ertrunken auf der Flucht in die Seine (F) nach der Entdeckung als blinder Passagier	(10,28)
29.11.94	1	Unbekannt	Algerien	Vermißt seit der Flucht in die Seine (F) nach der Entdeckung als blinder Passagier	(10,28)
Dez. '94	6	Unbekannt (1 Baby)	Kurdistan	Wahrscheinlich im Mittelmeer vor Italien ertrunken	(9,26)
Dez. '94	1	Unbekannt	Irak	Gestorben auf einem Boot mit 62 Flüchtlingen vor Gotland (S)	(10,24)
1.12.94	1	Jeyakumar R.	Sri Lanka	Selbstmord in St. Gallen (CH) wegen drohender Deportation	(14)
23.12.94	1	Mamoudu (27)	Guinea	Tot aufgefunden auf einem Schiff nach Santurtzi (E)	(4)
26.12.94	1	Shiji Lapite	Nigeria	Gestorben nach Auseinandersetzungen mit Ausländerpolizei (GB)	(33)
28.12.94	1	M.D.D. (w)	Domin. Rep.	Selbstmord nach Festnahme in Bilbao (E)	(4)
8.1.95	4	Unbekannt	Unbekannt	Nach einem Brandanschlag in Hannover (D) im Container verbrannt	(18)
17.1.95	2	Unbekannt (m)	Ghana	Als blinder Passagier auf einem Schiff mit Pestiziden erstickt, San Malo (F)	(10,28)
20.1.95	1	Amar Tahir	Algerien	Selbstmord im Gefängnis Witten (D) nach Befragung von Konsulatsangehörigen	(7,19)
21.1.95	1	K.K.	Türkei	Auf der Flucht über Tschechien in Rehefeld (D) erfroren	(6)
2.2.95	1	Sammy N. (26)	Liberia	Bei der Festnahme im Containerlager München (D) erschlagen worden	(7,20)
26.2.95	1	Abiyou Tilaye (44)	Äthiopien	Selbstmord in Abschiebehaft in Würzburg (D)	(20)
März '95	1	Zinaida Mitzofanova	Latvia	Selbstmord wegen drohender Deportation in County Durham (GB)	(29)
März '95	1	Valent. Featherstone	Latvia	Selbstmord nach Deportation der Mutter in County Durham (GB)	(29)
6.3.95	2	Unbekannt	Unbekannt	Tot aufgefunden in Valencia (E) auf einem Schiff von der Elfenbeinküste	(30)
7.3.95	1	Unbekannt	Unbekannt	Tot aufgefunden in Valencia (E) auf einem Schiff von der Elfenbeinküste	(30)
8.3.95	1	Yohannes Alemu	Äthiopien	Selbstmord in Regensburg (D) nach Mitteilung der bevorstehenden Deportation	(17)
12.3.95	1	El Kadaoui (22)	Marokko	Selbstmord im Jugendknast Wiesbaden vor der Deportation	(18)
20.3.95	1	Unbekannt	Marokko	Gestorben durch einen Sprung ins Wasser auf der Flucht vor spanischer Polizei	(23,30)
28.3.95	2	Unbekannt (m)	Unbekannt	Tot aufgefunden im Hafen von Amsterdam (NL) auf einem Schiff aus Rumänien	(31)
8.4.95	1	Gibriel Kassimoi (27)	Togo	Selbstmord in Abschiebehaft in Hamburg nach Ankündigung der Deportation	(18)
17.4.95	1	Ahmed Polap (23)	Kurde	Selbstmord in München (D) wegen drohender Abschiebung	(2)
28.4.95	1	Unbekannt	Unbekannt	Tot in den Schweizer Alpen bei Monte Capriano gefunden	(14)
19.5.95	1	Jaswant Singh (33)	Indien	Selbstmord in Regensburg (D) wegen drohender Abschiebung	(2)
11.6.95	1	Unbekannt (30)	Zaire	Selbstmord in Abschiebehaft in Volkstedt	(7)
16.6.95	1	Moses Ganaja (22)	Sudan	Tod in der JVA Halle (D)	(2)
17.6.95	1	Vo Xuan Cuong (38)	Vietnam	Auf der Flucht vor einer Polizeikontrolle von Zug überfahren	(19)
15.7.95	18	Unbekannt	Sri Lanka	Erstickt in einem LKW in Ungarn auf der Flucht nach Deutschland	(19)
26.7.95	1	Unbekannt (m)	Bosnien	Selbstmord in einem Flüchtlingslager in Berlin (D)	(7, 18)
16.8.95	1	Louis I. (29)	Nigeria	Erhängt im Abschiebeknast Wolfenbüttel (D) wegen drohender Abschiebung	(2)
20.8.96	1	Unbekanntes Kind	Jugoslawien	Erschossen von französischer Grenzpolizei bei illegaler Einreise	(7)
22.8.95	1	Unbekannt (m)	Marokko	Selbstmord in Abschiebehaft in Frankfurt/Main (D)	(18)
25.8.95	1	Unbekannt (m)	Polen	Selbstmord in Abschiebehaft in Frankfurt/Main (D)	(18)

Quellenangabe **1:** CARF; **2:** Pro Asyl; **3:** Off Limits; **4:** Egin; **5:** Antirassistische Initiative Berlin; **6:** Infobrief Asyl; **7:** Was geht ab?; **8:** Festung Europa; **9:** Institut for Race Relations; **10:** Migration News Sheet; **11:** Caritas Arbeitsstelle Schweiz; **12:** Asylkoordination Österreich; **13:** Dänisches Rotes Kreuz; **14:** Arbeitsstelle für Asylfragen / TA; **15:** Bundesregierung; **16:** PDS-Bundestagsbüro; **17:** Morgengrauen; **18:** Die Tageszeitung; **19:** Junge Welt; **20:** Süddeutsche Zeitung; **21:** Corriere della Sera; **22:** Neue Vorarlberger Zeitung; **23:** Diario Vasco; **24:** Le Soir; **25:** Svenska Dagbladet; **26:** Il Manifesto; **27:** The Guardian; **28:** Le Monde; **29:** Independent; **30:** El Pais; **31:** Volkskrant; **32:** Der Tagesspiegel; **33:** amnesty international-Journal

Im nächsten Jahr wird es eine mehrmonatige Kampagne gegen die Abschottung der Festung Europa geben. Schwerpunkt dieser Kampagne werden die Bundesländer sein, die unmittelbare Berührung mit der Grenze zu Polen oder Tschechien haben. Unter dem Motto "Aktion NOTEINGANG" werden - initiiert von den Edelweiß-Piraten - vom Frühjahr bis zum Herbst verschiedenste Aktivitäten zum Thema "Offene Grenzen für alle" organisiert, an denen sich aber alle interessierten Gruppen beteiligen können.
Mehr dazu spätestens in der Februar-Ausgabe der "Was geht ab?". Wer Interesse hat, sich an der Kampagne zu beteiligen, kann sich melden bei den **Edelweiß-Piraten, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin**.

Liste Nr. 2
Stand: November 1995

Index der #11

Stichworte

Organisationen / Medien

Personen

Orte